

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Netzwerks Grundeinkommen zur Bundestagswahl 2017.



Eine kurze Zusammenfassung und Synopsis

Der Netzwerkrat des [Netzwerks Grundeinkommen](#) hat allen vom Bundeswahlleiter zur Aufstellung von Kandidierenden und Landeslisten zur Bundestagswahl am 24. September 2017 zugelassenen Parteien zwölf Wahlprüfsteine vorgelegt.

Im Folgenden geben wir die Aussagen der Parteien wider, die auf unsere Prüfsteine reagiert haben. Stellungnahmen und Positionierungen einzelner Kandidierender haben wir auf unserer Service-Plattform www.grundeinkommen-ist-waehlbar.de hinterlegt.

Unsere Wahlprüfsteine beziehen sich auf die bekannten vier Kriterien des Grundeinkommens. Es geht um ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen, das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht, das ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert wird.

Im Folgenden wollen wir die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine in einer Synopsis vorlegen. Das erleichtert den Interessierten die Übersicht, sie müssen nicht erst aus den einzelnen Antworten herausgesucht werden. Die einzelnen Antworten der Parteien selbst finden sich unter <https://www.grundeinkommen-ist-waehlbar.de/2017-de/infos/>.

Naturgemäß ist eine Synopsis von Antworten auf 12 Wahlprüfsteine sehr lang. Wer nur die Antworten auf die grundsätzliche Frage zum Grundeinkommen erfahren möchte, braucht nur bis zur Seite 9 lesen. Allerdings sind die Antworten auf die weiteren Fragen ebenfalls sehr interessant, lassen sie doch auf Schritte in Richtung Grundeinkommen schließen bzw. dokumentieren sie die vollkommene Ablehnung selbst solcher Schritte.

Kurz zusammengefasst:

Von den 17 Parteien, die uns geantwortet haben, treten neun Parteien für das Grundeinkommen ein. Das sind in alphabetischer Reihenfolge:

Bündnis Grundeinkommen, DEMOKRATIE IN BEWEGUNG, Die Violetten, MENSCHLICHE WELT, Partei der Humanisten, Partei Mensch, Umwelt, Tierschutz, PIRATENPARTEI Deutschland, Transhumane Partei, V-Partei³.

Zwei Parteien diskutieren das Grundeinkommen und weisen Schritte in Richtung des Grundeinkommens vor. Das sind die Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Die ÖDP nähert sich dem Grundeinkommen, in dem sie ein „Grundeinkommen“ für bestimmte Personengruppen vorschlägt.

Fünf Parteien lehnen das Grundeinkommen ab. Das sind die CDU und CSU, die SPD, FDP, MLPD und die FREIEN WÄHLER.

Hier nun die Synopse mit den konkreten Antworten auf unsere Wahlprüfsteine.

Prüfstein 1

Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen?



Die Fragen 1 bis 7, 8b und 10b werden aufgrund des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Ziel von CDU und CSU ist es, dass es in Deutschland allen möglich sein soll, existenzsichernde Einkommen zu erzielen. Mit dem Mindestlohn wurde hierzu ein Beitrag geleistet. Des Weiteren sehen wir es im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe als zielführender an, niedrig entlohnte Arbeitnehmer mit Blick auf ihre konkrete Lebenssituation finanziell zu unterstützen, anstatt ein bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen. Dies soll Arbeitsuchende motivieren, Beschäftigungschancen zu ergreifen. Denn Arbeit ist mehr als bloßer Broterwerb. Sie ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Es gilt Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern. Für Menschen, die beispielsweise aus Gesundheitsgründen nicht arbeiten können, soll es auch weiterhin eine Grundsicherung geben.



Gemeinsame Antwort zu 1 – 9 und 12:

Die SPD lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Es entwertet die Leistung der arbeitenden Menschen. Das Grundeinkommen schließt Menschen von der Teilhabe an Arbeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt aus. Uns kommt es vielmehr darauf an, die hohe Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland angesichts des digitalen Umbruchs in der Arbeitswelt maximal zu erhalten. Wir wollen daher in die gute Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer investieren. Dafür schaffen wir ein Recht auf Weiterbildung. Arbeitslose, die innerhalb von drei Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten, um so ihre Vermittlungschancen zu erhöhen. Für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen soll es ein neues Arbeitslosengeld Q (ALG Q) geben. Wir werden die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dementsprechend einen Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung vorantreiben. Die Arbeitsversicherung darf nicht erst bei Arbeitslosigkeit reagieren! Auch wer in Beschäftigung ist, soll bereits eine unabhängige Beratung zu Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen können. Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen ein persönliches Chancenkonto erhalten, das mit einem staatlichen Startguthaben ausgestattet ist. Es kann eingesetzt werden für die Finanzierung von Weiterbildung und Qualifizierung, die über reine Erhaltungsqualifikationen hinausgehen, denn dafür müssen die Unternehmen Verantwortung tragen. Man kann es zudem nutzen für Gründungen und den Übergang in die Selbstständigkeit.

Arbeit bleibt für uns die Grundlage von Wohlstand und sozialer Sicherheit. Arbeit gibt es in der Gesellschaft genug. Sie muss organisiert und gerecht verteilt werden. Deswegen halten wir an der Forderung der Vollbeschäftigung fest. In diesem Sinne ist auch die Grundsicherung für Arbeitsuchende im SGB II nicht bedingungslos, sondern mit den Bemühungen zur Integration in den Arbeitsmarkt verknüpft. Wir wollen die individuelle Förderung der Arbeitsuchenden in den Jobcentern verbessern. Im Vordergrund müssen der Erhalt und der Ausbau von Beschäftigungsfähigkeit gegenüber der schnellen Vermittlung stehen. Die schärferen Sanktionen für unter 25-Jährige werden wir aus dem SGB II streichen. Die Sanktionierung von Leistungen für Kosten der Unterkunft werden wir abschaffen. Niemand darf aufgrund einer Sanktion wohnungslos werden. Darüber hinaus erkennen wir an, dass es jenseits der Erwerbsarbeit wichtige

Arbeit in allen Bereichen der Gesellschaft gibt, die zu fördern ist. Dies geschieht im Übrigen bereits heute vielfach, etwa durch die rentenrechtliche Absicherung von Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten, oder die Absicherung ehrenamtlicher Tätigkeiten in der Unfallversicherung.

DIE LINKE.

In *DIE LINKE* besteht keine einheitliche Meinung zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Wir führen einen intensiven, lebhaften und informativen Austausch über diese Forderung. Diese Auseinandersetzung wird unter anderem von der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in und bei der Partei *DIE LINKE* vorangetrieben.

In unserem Wahlprogramm 2017 steht konkret:

„*DIE LINKE* thematisiert das Grundeinkommen wie viele soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Verbände. Dabei ist *DIE LINKE* nicht entschieden, wir wollen die kontroversen Diskussionen weiterführen. Auch deshalb unterstützt *DIE LINKE* die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag.“



Wir haben uns intensiv mit der Idee des Grundeinkommens beschäftigt. Viele der grünen Forderungen von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens beeinflusst.

Wie in Zeiten der Digitalisierung und der alternden Gesellschaft zukünftig die soziale Sicherung solidarisch, nachhaltig und armutsfest organisiert werden kann, ist eine der großen Zukunftsfragen. Wir wollen notwendige Reformen und verschiedene Reformvorschläge inklusive des Grundeinkommens in der Gesellschaft diskutieren und brauchen Antworten auf bisher nicht geklärte Fragen. Dabei wollen wir auch Erfahrungen aus anderen Ländern berücksichtigen und das Grundeinkommen in einem Modellprojekt erproben.

Wir setzen uns zudem für eine Grundsicherung ein, die das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleistet und die einfach und zuverlässig wahrgenommen werden kann.

Unsere Position zu den 4 Kriterien:

1) Wir kritisieren an der bestehenden Grundsicherung das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften. Das benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit. Deshalb wollen wir die Grundsicherung zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln.

2) Es spricht viel dafür, dass ein BGE nur zusammen mit einer Anpassung des Steuer- und Sozialsystems eingeführt werden könnte. Hier sind aus unserer Sicht

noch viele offene Fragen zu diskutieren und zu klären, insbesondere die Frage, ob ein Grundeinkommen vollkommen unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Haushaltes / der Person gezahlt werden kann und sollte.

3) Wir wollen auch in der bestehenden Grundsicherung die Rechte der Leistungsberechtigten stärken und nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung setzen. Daher wollen wir die Sanktionen abschaffen.

4) Eine Mindestsicherung muss die Existenz zuverlässig sichern und Teilhabe ermöglichen. Wenn ein Grundeinkommen in der Lage sein soll zumindest steuerfinanzierte Sozialleistungen (teilweise) zu ersetzen, dann muss die Höhe so bemessen sein, dass in der Regel dieser Bedarf gedeckt wird. Mit der Höhe der heutigen Grundsicherung ist das nicht der Fall, deshalb müssen ALG-2-Regelsätze inklusive der Kinderregelsätze neu berechnet und erhöht werden.



Die Fragen 1, 2, 3 und 4 werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten halten ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht für den richtigen Weg, sondern setzen uns dagegen für die Einführung eines liberalen Bürgergeldes ein. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen, wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld, in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammengefasst. Das liberale Bürgergeld macht es für alle Menschen, die auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, einfacher und lässt sie nicht länger von Amt zu Amt rennen. Auch die Arbeitsaufnahme lohnt sich mehr, als es heute der Fall ist. Selbstverdientes Einkommen soll nur prozentual und geringer als heute angerechnet werden. Wir wollen eine trittfeste Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen: Gerade Menschen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, gelingt über eine Teilzeittätigkeit im Rahmen eines Mini- oder Midi-Jobs oft der erste Schritt. Gerade für Menschen im heutigen Arbeitslosengeld II („Hartz IV - Aufstocker“), lohnt es sich jedoch kaum, mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. Denn die Zuverdienstregelungen sind demotivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die Beine. Deshalb wollen wir diese in einem ersten Schritt reformieren. Es muss insbesondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich ziehen müssen. Ziel ist, dass es sich wieder lohnt, Schritt für Schritt voranzukommen und irgendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen. Deshalb setzen wir Freie Demokraten auf das liberale Bürgergeld, weil sich damit die eigene Anstrengung wieder lohnt. Im

Unterschied zum Grundeinkommen ist das liberale Bürgergeld also nicht bedingungslos.



Das Bündnis Grundeinkommen setzt sich für die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens gemäß den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen ein. Die vier Kriterien sind in unserem Programm und in unserer Satzung verankert.



Gemäß der vier Kriterien sind wir für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen ab 0 Jahren, die ihren Lebensschwerpunkt in Deutschland haben sowie für Rentner, die ihren Lebensabend im Ausland verbringen.



Der 53. Bundesparteitag der ÖDP in Ingolstadt (06./07.05.2017) hat mit großer Mehrheit folgenden Initiativantrag beschlossen:

„Ausgehend von den Menschenrechten auf Arbeit, freie Berufswahl, soziale Sicherheit, Wohlfahrt, Bildung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie auf Erholung und Freizeit fordern wir für alle Menschen, die nicht erwerbstätig sein können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Globalisierung, Digitalisierung und Beschleunigung der Arbeitsprozesse führen zu immer größeren Belastungen aller Menschen.

Wir brauchen eine gerechte und nachhaltige Gesellschaftspolitik, die die rasant angewachsene und weiterwachsende Kluft zwischen wenigen sehr reichen und immer mehr armen Menschen, verbunden mit zunehmenden Abstiegsängsten der noch vorhandenen Mittelschicht, wieder verringert, auch im Interesse der Demokratieentwicklung und der Verpflichtung zu einer konsequent ökologischen Politik. Dies betrifft auch die immer mehr zutage tretende Verletzung des Generationenvertrages gegenüber der jungen Generation und zu Lasten der Familien. Wir brauchen vordringlich für Personen, die über kein eigenes Einkommen verfügen können, ein ausreichendes Grundeinkommen. Dazu zählen für uns u.a. Kinder, Rentnerinnen / Rentner und Erwerbsunfähige. Solange das Erziehungs- und Pflegegeld nicht verwirklicht ist, gehören auch Erziehende und Pflegende dazu.“

Die Partei MLPD ist nicht auf unsere Prüfsteine eingegangen, sondern hat eine generelle Stellungnahme zum bedingungslosen Grundeinkommen abgegeben:

„Das bedingungslose Grundeinkommen für alle sei die moderne Antwort auf die Tatsache, dass die Massenarbeitslosigkeit nicht mehr zu beseitigen sei. So begründen es jedenfalls seine Wortführer. Schauen wir uns die Vorschläge genauer an:

1. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Mogelpackung.

Die Gallionsfigur seiner Verfechter, der Besitzer von über 1.700 dm-Drogeriegeschäften und Milliardär Götz Werner, vertritt, man solle erst einmal mit 800 Euro bedingungslos anfangen. Mancher ALG-II-Bezieher rechnet nach und glaubt, mit 800 Euro minus etwa 400 Euro Warmmiete = 400 Euro zumindest besser da zu stehen als mit seinem heutigen Regelsatz von 347 Euro. Er irrt. Denn Götz Werner will das bedingungslose Grundeinkommen über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf rund 50 Prozent finanzieren, bei gleichzeitiger Abschaffung aller anderen Steuern, sprich vor allem der Unternehmersteuern. Die „gewonnenen“ 400 Euro wären also nur noch 280 Euro wert – noch weniger als der heutige Hartz-IV-Armutssatz!

2. Das bedingungslose Grundeinkommen wäre ein gefundenes Fressen vor allem für Unternehmer. Götz Werner, einer der 500 reichsten Deutschen, fordert, dass die Löhne um die jeweilige Höhe des bedingungslosen Grundeinkommens gekürzt werden. Insofern ist das bedingungslose Grundeinkommen nichts anderes als eine Form des Kombilohns. Damit entspricht es voll der Forderung der Unternehmer nach einer allgemeinen Absenkung der Löhne. Sozusagen Hartz IV mit Turbolader!

3. Alles soll bleiben, wie es ist. Götz Werner erläutert den entscheidenden Vorteil des bedingungslosen Grundeinkommens für das Monopolkapital: „Aber der soziale Crash, auf den wir unweigerlich zusteuern, würde nicht stattfinden ...Vergleichen Sie das mal mit dem Aufstand in der Pariser Banlieue letztes Jahr! Wenn wir uns nicht schleunigst ändern, dann sieht es bei uns bald genauso aus.“¹⁾ Um „französische Zustände“ zu verhindern, um dem zuvorzukommen, dass die Kämpfe der Arbeiter und der Volksbewegungen sich radikalieren und in eine revolutionäre Richtung gehen, sollen die Leute an die kapitalistischen Verhältnisse gebunden werden. Das ist nichts weiter als eine Variante des Reformismus, wie sie seit Bestehen des Kapitalismus immer wieder zu dessen Rettung aufgeboten werden.

4. Bedingungsloses Grundeinkommen contra Arbeitszeitverkürzung. Verschiedene Wortführer des bedingungslosen Grundeinkommens pflegen die Forderungen und den Kampf der Arbeiter- und der Erwerbslosenbewegung gegen die Massenarbeitslosigkeit als überholt hinzustellen. Das richtet sich vor allem

gegen die Forderung nach Verteilung der Arbeit auf mehr Schultern durch eine Durchsetzung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Das Bedürfnis, zu arbeiten, setzen andere Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens gleich mit dem Bedürfnis, ausgebeutet zu werden. So spöttelt der wissenschaftliche Assistent an der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Dortmund, Sascha Liebermann, über Arbeitsuchende: Das Streben, „in den Arbeitsmarkt zurückzukehren“, könne „nur derjenige für notwendig halten, der der Auffassung ist, es könne kein erfülltes Leben ohne Erwerbsarbeit geben.“ 2)

Was solche „Kenner der Arbeitswelt“ hartnäckig ignorieren: Unter der Bedingung des Kapitalismus wären es gerade die angeblich so einfalllosen, angepassten Arbeiter, die das bedingungslose Grundeinkommen auf der Basis der Ausbeutung erwirtschaften müssten.

Die Massenarbeitslosigkeit ist Ergebnis des Gesetzes der Profitmaximierung im Kapitalismus - und kann auch nur auf Kosten der Profite bekämpft werden. Wer dagegen grundlegend antreten will, muss die Ursachen ins Visier nehmen und gegen den Kapitalismus kämpfen. Denn dieses Gesetz wird erst fallen, wenn in einer sozialistischen Gesellschaft die Produktion nach dem Willen und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten organisiert und so das Problem der Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft wird. Eine solche Lösung liegt nicht in der Absicht der Wortführer des bedingungslosen Grundeinkommens. Sie beschränken sich auf Vorschläge, wie ihrer Meinung nach die Massenarbeitslosigkeit „zeitgemäß“ zu verwalten wäre.

Hier wird Spaltung zwischen Arbeitende und Erwerbslose gesät! Davon profitiert nur einer: das Monopolkapital. Der enge Schulterschluss zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen muss diese Rechnung durchkreuzen. Ihre Einheit wird gerade durch die Montagsdemonstrationen in hervorragender Weise verkörpert. Hier ist tatsächlich etwas „Neues“, etwas „Zeitgemäßes“ im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit entstanden!

1) Interview in „die Drei“. Zeitschrift für Anthroposophie, April 2007

2) Vortrag auf dem „Perspektivkongress“ in Berlin, Mai 2004

(Diese Korrespondenz aus Duisburg erschien in der [Rote Fahne](#) 27/2007)



Wir sind für ein **BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN**, das schließt damit Ihre vier Kriterien ein.



Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz beschloss auf ihrem Bundesparteitag 2016 "die Erprobung und darauffolgende Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, das sozial ausgerichtet, ökonomisch machbar und nachhaltig ist und eine dringende und sinnvolle Antwort auf kommende ökonomische Herausforderungen (Industrie 4.0, ethische Orientierung der Arbeit) darstellt." Dies schließt die tatsächliche Bedingungslosigkeit (Kriterien 2 und 3) für jeden Menschen (Kriterium 1) in sozial orientierter Höhe (Kriterium 4) ein.



Die TPD fordert in ihrem Programm die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in existenz- und teilhabesichernder Höhe, welches entsprechend die vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen erfüllen soll. Diese Forderung gilt zwar primär für Deutschland, allerdings fordert die TPD darüber hinaus ebenso die Einleitung internationaler Verhandlungen zur schrittweisen Umsetzung eines globalen bedingungslosen Grundeinkommens, insbesondere für die Einwohner von Entwicklungsländern. Vor der Umsetzung eines BGE sollen verschiedene Konzepte einer bedingungslosen Grundsicherung ausgearbeitet und evaluiert werden.



Wir setzen uns für die garantierte Gewährleistung des Grundbedarfs ein. Wir verstehen, dass das Grundeinkommen dasselbe Ziel verfolgt. Daher unterstützen wir das Grundeinkommen.



Wir setzen uns vorbehaltlos für ein Grundeinkommen nach den vier Kriterien des Netzwerkes Grundeinkommen ein. Wir möchten jedem Menschen ein Leben in größtmöglicher Freiheit und Selbstbestimmtheit gewährleisten. Unabdingbar dafür ist die Abwesenheit von finanzieller Not und dem Zwang zur Arbeit. Mit

einem Grundeinkommen ermöglichen wir jedem Menschen, seinen eigenen Weg zu gehen und fördern damit auch selbstständige, künstlerische, bildende und ehrenamtliche Tätigkeiten, ebenso wie die Kindererziehung und Angehörigenpflege.



Wir sind für ein BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN, das schließt damit Ihre vier Kriterien ein.



Die Idee des Grundeinkommens sehen wir FREIE WÄHLER kritisch und lehnen sie bislang ab. Wir sind der Ansicht, dass durch die Einführung eines Grundeinkommens die Gefahr entsteht, dass der materielle Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit sinkt und die Bürgerinnen und Bürger häufiger untätig sein würden. Dies wäre für unsere Volkswirtschaft mehr als schlecht. Gleichwohl werden Automatisierungsprozesse in der Industrie zur Herausforderung für den Faktor Arbeit. Wir wollen deshalb für Kapitalgesellschaften sicherstellen, dass sie angemessene Steuern für ihre Standorte in Deutschland zahlen und damit einen gerechten Beitrag zur Sicherung des Sozialstaats leisten. Testläufe für ein bedingungsloses Grundeinkommen, wie etwa in Finnland, gilt es abzuwarten, ehe wir über eine grundsätzliche Neuausrichtung unserer sozialen Sicherungssysteme nachdenken. Wir treten generell dafür ein, dass sich Leistung lohnen muss. Allerdings sehen wir im Bereich der Steuergesetzgebung deutliches Verbesserungspotential. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit und eine Steuervereinfachung. Insbesondere verfolgen wir die Abschaffung der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags.



Die V-Partei³ fordert in ihrem Programm ein bedingungsloses Grundeinkommen, das genau diese Kriterien erfüllt.

Prüfstein 2

Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?



Siehe oben.

DIE LINKE.

Aus unserer Perspektive muss eine Stärkung von individuellen monetären Ansprüchen mit einer Verbesserung der öffentlichen sozialen Infrastruktur verbunden sein. Dazu gehört für uns ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr; perspektivisch wollen wir einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr für alle. Außerdem setzen wir uns für gebührenfreie Kitas und für die Abschaffung jeglicher Gebühren im öffentlichen Bildungssystem ein. Bildung muss gut ausgestattet und gebührenfrei sein, von der Kita bis zur Universität. In Schule und Kita sollen kostenfreie hochwertige Mahlzeiten angeboten werden. Kindern und Jugendlichen soll zum Beispiel die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und kostenfreier Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen ermöglicht werden. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro, die Umverteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit, die bessere Bezahlung und bessere Bedingungen für die Erwerbsarbeit in Gesundheit, Pflege, Bildung usw., eine Solidarische Gesundheitsversicherung und eine Erwerbstätigenversicherung für eine gute Rente. Wohngeld soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt und um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden.



Es spricht viel dafür, dass ein BGE nur zusammen mit einer Anpassung des Steuer- und Sozialsystems eingeführt und finanziert werden könnte. Hier sind aus unserer Sicht noch viele offene Frage zu diskutieren und zu klären, beispielsweise, welche bestehenden Leistungen teilweise oder vollständig entfallen könnten.



Siehe oben.



Das Bündnis Grundeinkommen ist eine 1-Thema-Partei, deren Ziel ausschließlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist.



Eine Reform der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Die Krankenversicherung soll auf ein steuerfinanziertes System umgestellt werden, welches eine Grundversorgung garantiert. Renten- und Pflegeversicherung sind unter Einbeziehung aller Einkommensarten und unter Wegfall der Beitragsbemessungsgrenzen so umzugestalten, dass sie eine Mindest- und eine Höchstrente finanzieren. Die Arbeitslosenversicherung kann entfallen. Darüberhinausgehende Ansprüche sollen weiter mittels privater Absicherung möglich sein.



Die ÖDP fordert insbesondere für Familien ein sozialabgabenpflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt. Gleichzeitig fordert sie eine Entbürokratisierung und mehr Transparenz in den Sozialleistungen und ein Mehr an Teilhabe von behinderten Menschen. Die ÖDP setzt sich für eine gerechte und nachhaltige Sozialpolitik ein, die die rasant angewachsene und weiterwachsende Kluft zwischen wenigen sehr reichen und immer mehr armen Menschen, verbunden mit zunehmenden Abstiegsängsten der „Mittelschicht“, wieder verringert.



Siehe oben.



Wir sind für mehr DIREKTE DEMOKRATIE und TEILHABE am politischen und kulturellen Leben der Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet vor allem Volksentscheide und Referenden zu allen wichtigen Themen. Eine partizipative Demokratie und Gestaltungsmacht für Bürgerschaften vom kleinsten Dorf aufwärts bis in die EU (Europa der Regionen).



Zwei wesentliche politische Prozesse müssen dringend parallel angegangen werden: 1. Besteuerung sehr hoher Vermögen und Einkommen, Besteuerung von Finanzspekulationen (bspw. mit Nahrungsmitteln oder Devisen), um die stetig größer werdende Schere zwischen Superreichen und Mittelstand sowie Ärmern zu verringern und zur Finanzierung des BGE beizutragen; 2. Schaffung einer Infrastruktur für Tätigkeiten im Ehrenamt, um in den Bereichen Soziales, Pflege, Menschenrechte, Umwelt- und Tierschutz sinnstiftende und gemeinnützige Tätigkeiten anbieten zu können. Hinzu kommt als drittes eine Umstrukturierung der politischen Beteiligungsformen, so dass gesellschaftliche Entscheidungen auf breiter Grundlage getroffen werden können (direkte Demokratie) und aktive Mitgestaltung (bspw. Bürgerhaushalte) möglich ist.



Neben einem BGE fordert die TPD außerdem:
Festigung bedarfsgerechter Sozialleistungen, auch über ein mögliches Bedingungsloses Grundeinkommen hinaus
Überarbeitung und schrittweise Abschaffung von Hartz IV
Reform aller Sozialversicherungen in Hinblick auf zukünftige technologische, gesellschaftliche und demografische Entwicklungen
Ausbau internationaler Verhandlungen zur Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer
Liberalisierung bzw. Öffnung des Währungsmarktes und Unterstützung sozialer alternativer Währungen
Durchsetzung von Gesetzesreformen zur Gestaltung eines vereinfachten, transparenten, gerechten und zukunftsweisenden Steuersystems
Einleitung eines umfassenden Bürokratieabbaus durch Vereinfachung und Automatisierung der Steuerverwaltung

Umsetzung einer konsequenten progressiven Besteuerung aller Einkommen, Gewinne und großer Vermögen, auch von internationalen Unternehmen
Reform der Erbschaftssteuer und Einführung einer progressiven verfassungskonformen Vermögenssteuer mit höheren Freibeträgen als bisher
Einführung von gestaffelten Verbrauchsteuern je nach den Auswirkungen der entsprechenden Produkte auf Mensch und Umwelt
Neuregelung der Grundsteuer und Erarbeitung von zeitgemäßen Konzepten einer Landwertsteuer
Prüfung von Möglichkeiten zur Umsetzung einer Werbeabgabe auf entgeltliche Werbeleistungen



Notwendige parallele Reformen der Arbeitsmarktpolitik / Wirtschaftspolitik:
Es müssen so viele Arbeits- und Qualifizierungsangebote geschaffen werden, dass niemand mehr Angst haben muss, keine Arbeit zu finden. (Jede Altersgruppe, jeder Bildungsstand)

Das Spektrum des Arbeits- und Qualifizierungsangebots ist idealerweise so zu beschaffen, dass nicht nur jeder arbeiten kann, der will, sondern auch das, was man möchte, sofern man dafür qualifiziert ist oder sich dafür qualifizieren möchte. D. h., jeder kann eine Arbeit finden, die ihm auch entspricht.

Potentialentfaltung

Diese parallelen Reformen sind notwendig, um es den Menschen, die über den garantierten bedingungslosen Grundsicherungslevel hinaus Kaufkraft für sich generieren möchten, eben dies auch garantiert zu ermöglichen. Dieses Plus an Kaufkraft muss so ausfallen, dass es ein Anreiz ist, dafür etwas zu tun.



Ziel eines Grundeinkommens ist es insbesondere auch, die finanziell schlecht gestellten Menschen in unserer Gesellschaft abzusichern. Um diese weiter zu entlasten schlagen wir einen verringerten Steuersatz auf Grundversorgungsmittel wie Nahrung, Bildung, Medikamente und andere wichtige Produkte und Dienstleistungen vor. Weiterhin möchten wir mit einer gemeinsamen und progressiven Besteuerung aller Einkünfte zur Steuergerechtigkeit beitragen. Es kann nicht sein, dass auf Arbeitseinkommen bis zu doppelt so hohe Steuersätze veranschlagt werden, wie auf Kapitaleinkünfte. Im unteren Steuerbereich wollen wir durch Freibeträge in Höhe des Grundeinkommens eine Verwässerung des positiven Effektes des Grundeinkommens verhindern.



Wir sind für mehr DIREKTE DEMOKRATIE und TEILHABE am politischen und kulturellen Leben der Bürgerinnen und Bürger. Das bedeutet vor allem Volksentscheide und Referenden zu allen wichtigen Themen. Eine partizipative Demokratie und Gestaltungsmacht für Bürgerschaften vom kleinsten Dorf aufwärts bis in die EU (Europa der Regionen).



Siehe Antwort auf Frage 1.



Die Abschaffung der verschiedensten mit weiterem kostspieligen Verwaltungsaufwand verbundenen Transferleistungen, der gesamte Wegfall von Hartz IV und Grundsicherung würde einen großen Teil der für das BGE benötigten Mittel bereitstellen.

Prüfstein 3

Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern?



Siehe oben.

DIE LINKE.

DIE LINKE will die kontroversen Diskussionen parteiintern, aber auch mit sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und Verbänden weiterführen.



Wir wollen eine breite gesellschaftliche Debatte zur Zukunft der sozialen Sicherung vorantreiben und Fragen von einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, über die Frage einer Wertschöpfungsabgabe bis hin zu institutionellen Reformen der Sicherungssysteme in den Blick nehmen.



Siehe oben.



Wir fördern die Diskussion, indem wir das Grundeinkommen bei der Bundestagswahl bundesweit wählbar machen. Laut aktueller Umfragen hält die Mehrheit der Deutschen das Grundeinkommen mittlerweile für eine gute Idee. Aber keine der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien setzt sich für dessen Einführung ein. Durch eine erfolgreiche Teilnahme an der Bundestagswahl machen wir das Thema bekannter und dessen Relevanz deutlich.



Durch ein Grundeinkommen fällt Hartz IV, Wohnzuschüsse, Kinderzuschüsse, Arztzuschüsse, Einkommenssteuerfreibeträge und vieles mehr weg. Dadurch spart der Staat Geld, das zu einer Reform des Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem beiträgt und zusätzlich für die Finanzierung eines Grundeinkommens genutzt werden kann.



Die ÖDP hat sich auf ihrem 50. Parteitag Anfang 2016 zur Gründung eines Bundesarbeitskreises (BAK) „Humanökologisches Grundeinkommen“ entschieden, der beauftragt wurde, ein Konzept zur Umsetzung eines Grundeinkommens, das sowohl dem Mensch als auch der Umwelt nutzt,

auszuarbeiten. Eine vom BAK HöGE erarbeitete „GE-Fibel“ liegt seit Ende 2016 als Diskussionsgrundlage für die weiteren Arbeitsschritte vor.

Nach dem oben zitierten Beschluss sind die beiden betroffenen Bundesarbeitskreise Humanökologisches Grundeinkommen und Familie, Soziales & Gesundheit sowie die Arbeitsgruppe „Neue gerechte Sozialpolitik“ gebeten worden, nach der Bundestagswahl 2017 den o.a. Grundsatzbeschluss gemeinsam weiterzuentwickeln und zu konkretisieren.



Siehe oben.



Ja. Wir würden zu Podiumsdiskussionen einladen und beteiligen uns auch schon am Projekt bge17.



Innerparteilich ging dem Beschluss für das BGE eine basisdemokratische Debatte über das Pro und Contra voraus. Selbiges wünschen wir uns auch gesamtgesellschaftlich. Die verschiedenen BGE-Modelle müssen hierbei vorgestellt und diskutiert werden. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz will sich in diesen deliberativen Prozess mit einbringen und ist gern bereit, auch Foren und Versammlungen auf verschiedenen Ebenen mitzugestalten. Eine Enquete-Kommission begrüßen wir sehr.



Die TPD will den Transhumanismus in öffentliche Diskussionen einbringen; wobei ein BGE durchaus als ein wichtiger Bestandteil transhumaner Politik gesehen werden kann. Die TPD möchte sich in Zukunft verstärkt in politische und wissenschaftliche Diskussionen einmischen und sich dabei für die Werte und Ziele des human- und technoprogressiven Transhumanismus einsetzen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um ein BGE fordert die TPD beispielsweise auch:

Behandlung und Diskussion aktueller sowie zukünftiger technologischer Entwicklungen im Schulunterricht

Kontinuierliche Neubewertung verbindlicher Bildungsinhalte im Kontext der aktuellen Welt sowie der Entwicklungsgeschwindigkeit technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen

Stärkung der Komplexitätswissenschaften in Schule und Studium

Ausbau der inter- und transdisziplinären Zusammenarbeit verschiedener Fachgebiete

Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen und öffentlichen Institutionen

Strategische staatliche Unterstützung für Produkte und Zukunftstechnologien, die sozial nutzbringend aber nicht zwingend (unmittelbar) finanziell gewinnbringend sind

Förderung der Automatisierung zur Erhöhung individueller Freiheit, besonders zur Reduzierung von ungewollter Erwerbsarbeit

Prüfung veralteter Gesetze auf unzeitgemäße Einschränkungen individueller Freiheit und Abbau von entsprechenden Einschränkungen und Zulassungsbeschränkungen

Minimierung von Finanz- und Steuerdelikten durch Transparenz der Finanzmärkte, Kontrolle wichtiger Finanzinstitutionen sowie Erfassung aller relevanten Transaktionen der Privatwirtschaft

Erhöhung der Transparenz von wichtigen Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik, beispielsweise durch die Offenlegung von Einkommen, Lobbyismus und Beteiligungsstrukturen



Ja, wir wollen es entsprechend unserer Mittel.



Wir setzen uns für eine differenzierte und faktenbasierte Betrachtung von Konzepten ein. Im Falle des Grundeinkommens kann man bereits auf erste Erkenntnisse aus Pilotprojekten im Ausland zurückgreifen. Für uns heißt das konkret, bei Infoständen über dieses Konzept zu informieren, unsere Position im Grundsatzprogramm weiter zu schärfen, an Veranstaltungen zum BGE teilzunehmen und den Austausch bzw. die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen in Sachen BGE zu suchen. Wir befürworten auch die weitere Erhebung von Daten in großangelegten Experimenten.



Ja. Wir würden zu Podiumsdiskussionen einladen und beteiligen uns auch schon am Projekt bge17.



Aufgrund der kritischen Einstellung gegenüber der Idee des Grundeinkommens werden wir die Diskussion über dessen Einführung nicht weiter befeuern.



Ja, die V-Partei³ möchte aufklären und öffentliche Diskussionen fördern, z.B. wurde bereits eine Veranstaltung zum Thema organisiert, siehe: <https://v-partei.de/heute-in-stuttgartcannstatt-thema-grundeinkommen-mit-prof-goetz-werner/>.

Prüfstein 4

Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen, und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?



Siehe oben.



DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen im Deutschen Bundestag. Das Thema Grundeinkommen stellt eine sehr grundlegende und komplexe Fragestellung dar. Sie wird in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen sowie in mehreren Parteien

diskutiert, hat also eine übergreifende Bedeutung. Eine Debatte sollte daher auch an zentraler Stelle geführt werden. Dafür ist eine Enquete-Kommission sehr gut geeignet. Sie hat vor allem den Vorteil, dass sie sowohl unterschiedliche politische Auffassungen als auch fachlichen Sachverstand zusammenbringt. Die Einführung von Bürgerinnen- und Bürgerforen fordert **DIE LINKE** ganz generell, nicht nur zur Diskussion um ein Grundeinkommen. Die Beteiligung von Öffentlichkeit an politischer Entscheidungsfindung halten wir für überaus wichtig. Insofern unterstützen wir auch Foren anlässlich einer Enquete-Kommission zum Grundeinkommen.



Wir haben uns bereits in der zurückliegenden Wahlperiode für die Einsetzung einer Enquete-Kommission eingesetzt. Wir setzen uns für eine breite gesellschaftliche Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherung ein.



Siehe oben.



Das Bündnis Grundeinkommen setzt sich für die Einrichtung einer entsprechenden Enquete-Kommission ein.



Kurz und knapp: Ja, unbedingt.



Die ÖDP steht der Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag aufgeschlossen gegenüber und unterstützt die o.g. Aktivitäten zum Grundeinkommen. Ansprechpartner innerhalb der Partei sind dabei der Vorstand

und die Mitglieder des Bundesarbeitskreises „Humanökologisches Grundeinkommen“.



Siehe oben.



Wir bejahen die Einführung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag. Ja, wir sind nicht nur bereit, sondern begrüßen diese Entwicklung sehr.



Siehe oben.



Die TPD unterstützt Bestrebungen, vor der Umsetzung eines BGE verschiedene Konzepte einer bedingungslosen Grundsicherung auszuarbeiten und zu evaluieren.

Weiterhin setzt sie sich für ein, unabhängigen wissenschaftlichen Gremien mehr Gewicht bei politischen Entscheidungen einzuräumen. Gleichzeitig sollen aber auch die Möglichkeiten der Bevölkerung gestärkt werden. Deshalb fordert die TPD beispielsweise:

Stärkung der interaktiven Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse durch Nutzung des Internets (Cyberdemokratie)

Einführung von Feedbackmechanismen für politische Entscheidungen

Erhöhung der politischen Mitbestimmung durch Bürgerentscheide und Volksbefragungen

Umsetzung klarer und strenger Richtlinien für eine unabhängigere Wissenschaft

Verpflichtung zur Offenlegung von durch den Staat geförderten Projekten in verständlicher Form

Stärkung ziel- und lösungsorientierter Forschungsprogramme sowie effektiver Wissenschaftspolitik

Einsatz der Bildung für eine individuelle politische sowie rationale Willensbildung, weitgehend unabhängig von wirtschaftlichen Interessen.

Außerdem erstrebt die TPD:

Einsatz für mehr gesamtgesellschaftliche Investitionen in qualitativ hochwertige Bildung, Forschung und Wissenschaft
Förderung des selbstständigen, rationalen, wissenschaftlichen und auf persönliche Weiterentwicklung ausgerichteten Denkens
Anerkennung und Wertschätzung einer hohen und umfassenden Bildung sowie Förderung einer lebenslangen Fort- und Weiterbildung
Stärkung der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und zur Führung eines selbstbestimmten, individuellen Lebens unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensentwürfe
Entsprechend steht die TPD der Forderung, eine Enquete-Kommission zu einer Grundsicherung im Deutschen Bundestag einzurichten, positiv gegenüber und unterstützt entsprechende Bürgerschaftsforen und -konvente.



Zustimmung zu beiden Fragen.



Die Partei der Humanisten ist bereit, den öffentlichen Diskurs zu unterstützen. Wir befürworten die Schaffung weiterer politischer Mitwirkungsmöglichkeiten abseits von Wahlen für die Bevölkerung und sprechen uns ausdrücklich für fraktions- und parteiübergreifende Zusammenarbeit aus. Selbstverständlich begrüßen wir jeden Schritt, der uns näher in Richtung eines Grundeinkommens bringt.



Wir bejahen die Einführung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag. Ja, wir sind nicht nur bereit, sondern begrüßen diese Entwicklung sehr.



Siehe oben.



Ja, die V-Partei³ würde diese Enquete-Kommission unterstützen.

Prüfstein 5

Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)



Siehe oben.



Siehe oben.

DIE LINKE.

DIE LINKE fordert schon seit langem die Möglichkeit für bundesweite und europaweite Volksentscheide. Sicher ist es sinnvoll, wenn über eine solche grundlegende Veränderung wie die Einführung eines Grundeinkommens per Volksentscheid entschieden würde. Und somit der Souverän, also die Bevölkerung diese Entscheidung treffen kann.



Demokratie lebt vom Vertrauen in die Wählerinnen und Wähler, deshalb wollen wir Elemente direkter Demokratie in der Bundespolitik stärken. Wir wollen Volksentscheide im Grundgesetz verankern und direktdemokratische Beteiligung auf allen Ebenen stärken. Die Frage eines Volksentscheids zum Grundeinkommen haben wir nicht diskutiert.



Wir Freie Demokraten wollen die liberale Demokratie als Lebensform durch den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen. Dabei bekennen wir uns klar zur repräsentativen Demokratie und lehnen auf Bundesebene Volksabstimmungen ab. Unsere Stellungnahmen zum Grundeinkommen findet sich in der gemeinsamen Antwort auf die Fragen 1 bis 4.



Das Bündnis Grundeinkommen ist eine 1-Thema-Partei, die gegründet wurde, weil es die Möglichkeit des bundesweiten Volksentscheides derzeit nicht zur Verfügung steht und das Grundeinkommen trotzdem bundesweit wählbar sein soll. Gäbe es die Möglichkeit, einen entsprechenden Volksentscheid durchzuführen, würden wir einen solchen unterstützen und das Bündnis Grundeinkommen wäre wahrscheinlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegründet worden.



Direkte Demokratie ist ein Hauptgrundsatz der Piratenpartei. Wir unterstützen ein Volksentscheid zum Thema Grundeinkommen und wollen die dazu notwendigen rechtlichen Grundlagen schaffen.



Die ÖDP fordert in ihrem Grundsatz- und Bundesprogramm mehr basisorientierte Entscheidungsmöglichkeiten wie zum Beispiel Volksbefragungen und Volksentscheide auch auf Bundesebene. Allerdings steht zu befürchten, dass die notwendige Debatte um die Einführung eines Grundeinkommens in Verbindung mit der Forderung eines entsprechenden Volksentscheides nur unnötig verzögert wird.



Siehe oben.



Ja, wir begrüßen das sehr, da wir, siehe oben, DIREKTE DEMOKRATIE in Deutschland leben wollen.



Volksentscheide auf Bundesebene fördern das politische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und geben Anlass, tiefergehende Debatten über politische Richtungsentscheide zu führen. Dass Volksentscheide nicht immer dazu führen, dass die Initiatoren ihr Anliegen umsetzen können (siehe Schweizer Abstimmung zum BGE), ändert an der prinzipiellen Richtigkeit dieser direktdemokratischen Teilhabe nichts, so dass wir auch für Deutschland eine solche Abstimmung für erstrebenswert halten.



Von der TPD ist ein Volksentscheid zu einem BGE zwar nicht geplant, jedoch soll Basisdemokratie mehr Gewicht erhalten. Deshalb fordert die TPD:
Stärkung der interaktiven Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse durch Nutzung des Internets (Cyberdemokratie)
Einführung von Feedbackmechanismen für politische Entscheidungen
Erhöhung der politischen Mitbestimmung durch Bürgerentscheide und Volksbefragungen
Entsprechend wäre ein Volksentscheid (sofern möglich) zum BGE durchaus denkbar. In diesem Sinne steht die TPD der Möglichkeit des Beschlusses eines BGE per Volksentscheid offen gegenüber, zumal derart große Neuerungen in der Gesellschaft von einer breiten Mehrheit der Bürger getragen werden sollten. Im Allgemeinen steht die TPD jedoch nicht unbegrenzt positiv zu verbindlichen Volksentscheiden. Jedenfalls sollten, beispielsweise bei einer BGE-Abstimmung, für entsprechende Beschlüsse eine einfache Mehrheit der Wahlberechtigten notwendig sein und nicht nur eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Dies untermauert den jeweiligen Beschluss im dem Sinne, dass wirklich eine breite Mehrheit der Bevölkerung dahintersteht. Unabhängig davon sollen Volksbefragungen, gemäß der oberen Forderung, durchaus verstärkt stattfinden.



Zustimmend.



Wir stehen fest zu der Auffassung, dass ein Grundeinkommen das Leben jedes Menschen bereichern würde und dass eine Umsetzung in Deutschland möglich ist. Noch ist das Thema in der Bevölkerung allerdings sehr umstritten. Leider haben uns die Referenden in unseren Nachbarstaaten in der Vergangenheit gezeigt, dass Volksentscheide oftmals zu konservativen und wenig rationalen Ergebnissen führen. Ein negativer Ausgang eines Volksentscheides könnte die Bemühungen um eine so progressive Sozialstaatsreform um Jahre zurückwerfen. Wir halten daher die Beteiligung der Bevölkerung über eine Enquete-Kommission samt Bürgerforen oder ähnlichen Formen des Diskurses für angemessener.



Ja, wir begrüßen das sehr, da wir, siehe oben, DIREKTE DEMOKRATIE in Deutschland leben wollen.



Wir FREIE WÄHLER fordern die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene nach Schweizer Vorbild. Sollte sich die Bevölkerung in einem solchen Referendum mehrheitlich für ein Grundeinkommen aussprechen, müssten die politisch verantwortlichen an der Umsetzbarkeit des Vorhabens arbeiten.



Grundsätzlich möchte die V-Partei³ Volksentscheide auf Bundesebene zu bestimmten Themen, denkbar auch zum Thema Grundeinkommen. Allerdings muss eine solche Abstimmung dem Willen des Volkes und nicht den Interessen dominierender Wirtschaftszweige gerecht werden. Deshalb müssen Einflüsse von Lobbygruppen aus der Wirtschaft zurückgedrängt und den Bürgern alle Seiten der Entscheidung von neutraler Seite möglichst transparent gemacht werden. Beim Thema BGE wäre zu befürchten, dass Wirtschaftsverbände erhebliche finanzielle Mittel einsetzen, um eine Entscheidung gegen das BGE herbeizuführen, was verhindert werden müsste.

Prüfstein 6

Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschließungen wie folgt zum Grundeinkommen in der EU geuert:

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034 (INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekampfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039 (INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- und Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger(...) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleieter Armut zu vermeiden.“

6a

Welche Positionen nimmt ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein?

6b

Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?



Siehe oben.

DIE LINKE.

DIE LINKE unterstützt beide Entschließungen und die darin enthaltenen Forderungen.

Beide Forderungen wurden wesentlich von der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke gestaltet, zu der die Abgeordneten von *DIE LINKE* gehören. Insbesondere brachte die *DIE LINKE* - Abgeordnete Gabi Zimmer die Entschließung aus dem Jahr 2008 auf den Weg, indem sie die

Berichterstattung im Sozialausschuss übernahm. Im Europawahlprogramm von 2013 haben wir unsere Unterstützung von Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene beschlossen.

Die betreffenden Forderungen des Europäischen Parlamentes richten Prüfaufträge an die Europäische Kommission und an die EU Mitgliedstaaten. Der Entschließungsantrag aus dem Jahr 2010 wiederholte den bereits 2008 formulierten Prüfauftrag, sollte ihm also Nachdruck verschaffen. Auch dabei übernahm eine Angehörige der Fraktion der Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke die Berichterstattung.

Weitere Handlungsmöglichkeiten zur Nachverfolgung der Entschließungsanträge hat das Europäische Parlament derzeit nicht; auch auf nationaler Ebene sehen wir keine effektiven Maßnahmen. **DIE LINKE** setzt sich aber dafür ein, dass die Rechte des Europäischen Parlaments ausgeweitet werden und eine stärkere Kontrolle der Europäischen Kommission ermöglichen. Insbesondere muss das Europäische Parlament ein Initiativrecht bekommen, damit es nicht nur Prüfaufträge erteilen, sondern eigenständige Regelungen vorschlagen kann. Auf nationaler Ebene wäre eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag geeignet, die Prüfaufträge an Deutschland umzusetzen. Allerdings hat die Fraktion Bündnis90 / Die Grünen in der laufenden Legislatur unserem Vorschlag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zum Grundeinkommen nicht zugestimmt. Aber nur mit ihren Stimmen gemeinsam wäre diese Einsetzung möglich gewesen.



Wir stimmen mit dem Europäischen Parlament überein in dem Ziel, Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen und haben entsprechende Vorschläge für eine Reform der Grundsicherung in unserem Programm und auch im Bundestag vorgelegt. So fordern wir u.a., dass der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II so berechnet und erhöht werden muss, dass man menschenwürdig davon leben kann, sowie soziale und kulturelle Teilhabe möglich ist.

Viele unserer Vorschläge - von der Kindergrundsicherung bis zur Garantierente - wurden auch von dem Vorschlag eines Grundeinkommens beeinflusst. Diese hat unsere Fraktion auch in den Deutschen Bundestag eingebracht. Auf Parteitag und Konferenzen diskutieren wir häufig und öffentlich über das Grundeinkommen und damit verbundene Fragen sowie Forderungen wie die Kindergrundsicherung und die Garantierente.



Die Fragen 6a und 6b werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten haben in Schleswig-Holstein das innovative Projekt des Bürgergelds angestoßen. Wir wollen dafür sorgen, dass steuerfinanzierte Sozialleistungen zusammengefasst und von einer Stelle zentral ausgezahlt werden. Das System wird damit für den Betroffenen vereinfacht. Wir wollen so den Bürger aus der Bittsteller-Position herausbringen. Das Bürgergeld soll den Menschen helfen, die von ihrem eigenen Einkommen nicht leben können: Sie bekommen unterhalb einer bestimmten Grenze ihr Einkommen durch das Bürgergeld aufgestockt. Bisher hat die Art der Anrechnung von zusätzlich verdientem Geld jedoch dazu geführt, dass es sich für Hilfeempfänger oft nicht gelohnt hat, mehr zu arbeiten. Diese Anrechnung wollen wir ändern: Wer mehr arbeitet, muss immer mehr in der Tasche haben, als wenn er nichts tut. Ein bedingungsloses Grundeinkommen lehnen wir hingegen ab. Es muss immer ein klarer Anreiz zum Arbeiten gegeben sein und kann daher niemals bedingungslos sein.



Zu a:

Das Bündnis Grundeinkommen begrüßt die Forderungen des Europäischen Parlaments und setzt sich dafür ein, dass die vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen bei der Prüfung verschiedener Modelle entsprechend berücksichtigt werden.

Zu b:

Die Gründung des Bündnis Grundeinkommen ist eine Reaktion auf fehlende Aktivitäten der aktuell in den Parlamenten vertretenen Parteien. Um die politischen Aktivitäten aller Parteien diesbezüglich zu stimulieren, machen wir das Bedingungslose Grundeinkommen wählbar und senden so ein entsprechendes, demokratisches Signal.



Zu a:

Wir stimmen ihnen zu.

Zu b:

In unserem Programm zur Europawahl 2014 sprechen wir uns für Maßnahmen zur Einführung eines europaweiten bedingungslosen Grundeinkommens aus. Wörtlich heißt es dort: "Wir PIRATEN streben die europaweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens an, das jedem Bürger ein Existenzminimum und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Die Wahrung dieser Menschenwürde in der EU sehen wir als zentrale Aufgabe an. Das bedingungslose Grundeinkommen soll einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Gegenleistungen, ohne Antrag und damit ohne bürokratischen Aufwand ausbezahlt werden. Wir sind der Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen eine sichere Existenz als Grundlage für die Entfaltung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Potenziale nutzen wird. Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen wir uns europaweit für Mindestlöhne ein, welche den Lohnwettbewerb eindämmen sollen, für menschenwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse sorgen und genauso wie das bedingungslose Grundeinkommen auch die Binnennachfrage steigern würden." Nicht verwunderlich ist also, dass unsere Europa-Abgeordnete Julia Reda Mitglied und Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz ist, die sich ebenfalls für ein Grundeinkommen ausspricht.



Zu a:

Der Abgeordnete der ÖDP im Europäischen Parlament, Professor Dr. Klaus Buchner, befürwortet eine Prüfung verschiedener Modelle von Grundeinkommen und unterstützt daher die Forderung an die EU-Kommission nach entsprechenden Modellprojekten. Dabei müssen zahlreiche ungelöste Probleme, wie z.B. die unterschiedlichen Lohnniveaus in den EU-Ländern, nach Meinung von Herrn Buchner geklärt werden.

Zu b:

Siehe Antwort auf Frage 3 - Die ÖDP tritt für die Einführung eines Grundeinkommens ein. Mit der Aufgabe, in wie weit die Einführung innerhalb der EU, Europas oder global vorangetrieben und umgesetzt werden kann, befassen sich 3 Bundesarbeitskreise der ÖDP (BAK Humanökologisches Grundeinkommen, Soziales und Familie, Wirtschaft). Dazu gibt es auch einen entsprechenden Auftrag des letzten Bundesparteitages, siehe Antwort zu 3.



Siehe oben.



Zu a: Wir unterstützen die Forderungen des Europäischen Parlaments.
Zu b: Leider noch keine, da wir noch nicht in einem Parlament ansässig sind.



Diese Forderung des EU-Parlaments begrüßt die Partei Mensch Umwelt Tierschutz ausdrücklich. Sie müsste jedoch neben dem Ziel der Armutsbekämpfung noch ergänzt werden durch die Dimension der Neugestaltung der Arbeitswelt, die ethisch, nachhaltig und sozial ausgerichtet werden muss, sowie die Gerechtigkeitsdimension eines durch Besteuerung von Vermögen und Spekulationen finanzierten BGE.



Zu a:
Die TPD befürwortet die aufgeführten Forderungen des Europäischen Parlaments, da diese erste Schritte zur Einführung eines BGE in der Europäischen Union sind. Die Umsetzung dieser Forderungen von der Kommission in der Vergangenheit kann allerdings kritisiert werden und bietet, auch in Anbetracht, dass die Forderungen von 2008 und 2010 stammen, noch durchaus Verbesserungspotenzial.

Zu b:
Die TPD verfügt aktuell über keine Abgeordnete im Europäischen Parlament. Sobald die TPD über Abgeordnete verfügt, werden diese sich für die konsequente Umsetzung der aufgeführten Forderungen einsetzen und im Allgemeinen Maßnahmen zur Einführung eines BGE unterstützen. Darüber hinaus will die TPD Aufklärung durch eigene Artikel und Beiträge im Internet betreiben und sich an öffentlichen Veranstaltungen zu diesem Thema beteiligen.



Zu a:
Zustimmend.
Zu b:

Unsere politischen Aktivitäten befolgen das Ziel, Armut zu beseitigen und den Grundbedarf aller zu gewährleisten.



Zu a:

Wir unterstützen die Forderung des EU-Parlaments. Insbesondere begrüßen wir die rationale und empirische Herangehensweise bei der Suche nach geeigneten Grundeinkommensmodellen und der Evaluation ihrer Vor- und Nachteile.

Zu b:

Da die Partei der Humanisten bisher keine eigenen Vertreter(innen) in politischen Ämtern stellt, konnten wir daran leider noch nicht mitwirken.



Zu a:

Wir unterstützen die Forderungen des Europäischen Parlaments

Zu b:

Leider noch keine, da wir noch nicht in einem Parlament ansässig sind.



Zu a:

Siehe Antwort zu Frage 1, in welcher wir FREIE WÄHLER uns grundsätzlich gegen die Einführung eines Grundeinkommens aussprechen.

Zu b:

Aufgrund unserer ablehnenden Haltung haben wir FREIE WÄHLER bis dato keine diesbezüglichen Aktivitäten unternommen.



Zu a:

Die vom Europäischen Parlament geforderte Prüfung durch exemplarische Versuche unterstützt die V-Partei³.

Zu b:

Die V-Partei³ ist bisher noch nicht in legislativer oder exekutiver Verantwortung, weshalb sich die politischen Aktivitäten auf die Aufnahme des BGE ins Parteiprogramm sowie auf die Aufklärung (Veranstaltungen / in Medien) beschränken.

Prüfstein 7

Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das, wie alle Menschenrechte, allen Menschen bedingungslos zusteht.

7a

Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, dass die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert?

7b

Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens? Wenn ja, wie?



Siehe oben.



Siehe oben.

DIE LINKE.

Auch zu dieser Forderung hat *DIE LINKE* keine einheitliche Meinung (vgl.1). Angesichts des gegenwärtigen Diskussionsstands, der nicht abgeschlossen ist, engagieren sich nur Teile in *DIE LINKE* für ein weltweites Grundeinkommen, während andere Teile das Modell des Grundeinkommens kritisch hinterfragen.



Die Agenda 2030 von New York und das Klima-Abkommen von Paris haben einen Aufbruch mit klaren Zielen versprochen – und zwar für alle Länder, unabhängig von ihrem Entwicklungsstatus: Hunger und Armut weltweit abzubauen, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu wirtschaften, dass unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dafür braucht es endlich ein kohärentes Handeln im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele.

Zu a:

In Europa herrscht noch ein enormes Wohlstands- und Einkommensgefälle. Wir wollen erreichen, dass die regionalen Unterschiede in den Lebensverhältnissen

schrittweise reduziert werden. Es ist dringend notwendig, dass sich die soziale Situation der Europäerinnen und Europäer verbessert. Das gilt insbesondere in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in denen bislang keine oder nur eine lückenhafte, nicht existenzsichernde soziale Grundsicherung gewährleistet wird. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene für die Einführung von sozialen Mindeststandards sowie die Einführung von existenzsichernden Grundsicherungsleistungen in allen Mitgliedsstaaten und die Verabschiedung einer Mindesteinkommensrichtlinie einzusetzen, die die Rahmenbedingungen wie die jeweilige Mindesthöhe und die Eckpunkte der Ausgestaltung von Grundsicherungsleistungen in den Mitgliedstaaten regelt. Die konkrete Umsetzung wäre Aufgabe der Mitgliedstaaten.

Zu b:

Weltweit leben gut drei Viertel aller Menschen ohne jegliche Absicherung für Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall und Alter. Dabei ist die Absicherung dieser Risiken ein grundlegender Baustein, um sozialer Ungleichheit zu begegnen und auch Entwicklung zu ermöglichen. Das Grundeinkommens-Projekt in Otjivero, Namibia, hat die Potentiale und vielfältigen positiven Wirkungen von universellen, bedingungslosen Sozialgeldtransfers gezeigt: sie können Einkommensungleichheit abbauen, Armut wirksam bekämpfen und die Menschen zu Initiative befähigen. Besonders in Entwicklungsländern sind an Bedingungen geknüpfte Sozialtransfers sehr schwer umsetzbar, bedingungslose „Social Cash Transfers“ können hier Abhilfe schaffen und ein Modell der Grundsicherung sein. Auch im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gilt es zu prüfen, ob weitere Modellprojekte zum bedingungslosen Grundeinkommen unterstützt werden können.



Die Fragen 7a und 7b werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Zur weltweiten Verbesserung der Lebensbedingungen, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern, fordern wir eine werteorientierte Entwicklungspolitik, die auf Qualität statt auf Quantität der eingesetzten Mittel setzt, und einen besonderen Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Soziale Marktwirtschaft hat. Die Grundlagen unseres Handelns sind dabei die Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und das Pariser Klimaabkommen. Eine zügige Umsetzung der Agenda 2030 erfordert einen kohärenten Ansatz innerhalb der Bundesregierung, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Dazu setzen wir Freie Demokraten auf neue Partnerschaften und Kooperationen mit allen relevanten Partnern,

insbesondere mit der Privatwirtschaft. Es gilt dabei, die am wenigsten entwickelten Länder in den Blick zu nehmen, vor allen Dingen auf dem Chancenkontinent Afrika. Die wichtigsten Grundlagen für die Armutsbekämpfung sind Bildung, Ausbildung und Qualifikation genauso wie die Chance auf eine wirtschaftliche Perspektive für den Einzelnen. Die Möglichkeiten, die sich durch Innovationen, Digitalisierung und neue Technologien bieten, müssen wir für Entwicklungsländer stärker in den Fokus nehmen und fördern. Ein weltweites Grundeinkommen halten wir weder für praktikabel noch für richtig.



Zu a:

Das Bündnis Grundeinkommen befürwortet ein weltweites Grundeinkommen.

Zu b:

Das Bündnis Grundeinkommen fördert die Einführung eines weltweiten Grundeinkommens, indem es hierzulande seinen Teil dazu beiträgt, die gesamtgesellschaftliche Diskussion zum Grundeinkommen in den Fokus zu rücken. Zugleich engagieren sich viele Mitglieder und Unterstützer*innen des Bündnis Grundeinkommen auch in anderen Grundeinkommens-Initiativen, deren politischer Wirkraum nicht auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist.



Zu a:

Wir sind dafür.

Zu b:

Wir sind international tätig und Grundeinkommen ist ein Hauptthema in unserem Grundsatzprogramm.



Zu a:

Siehe Antwort auf Frage 1 - Die ÖDP leitet die Forderung nach einem Grundeinkommen ebenfalls von den Menschenrechten ab.

Siehe Antwort auf Frage 6b – aktuell in Diskussion

Zu b:

Siehe Antwort auf Frage 6b - Diese Frage wird derzeit in den zuständigen Bundesarbeitskreisen fachübergreifend behandelt. Grundsätzlich sieht sich die ÖDP als transnationale Partei, die für eine soziale und ökologische Politik des globalen, nachhaltigen Handelns eintritt.



Siehe oben.



Zu a: Wir würden ein weltweites Grundeinkommen begrüßen.
Zu b: Wir engagieren uns vordergründig für ein Grundeinkommen in Deutschland und Europa und würden das dann weltweit auch unterstützen. Wir können das bisher nur in einem bescheidenen Rahmen machen.



Ein BGE müsste mittelfristig weltweit eingeführt werden, da eine lediglich regionale Umsetzung zu neuen Ungerechtigkeiten im globalen Kontext führen würde. Da sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz explizit als Menschenrechtspartei versteht, unterstützt sie die Forderung einer weltweiten Debatte und Umsetzung eines existenzsichernden bedingungslosen Einkommens für alle Menschen.



Das im Geiste und physisch freie Individuum ist die Basis von Demokratie und Wohlstand. Diese Freiheitsgarantie erschafft erst den Raum für ein eigenes Ich, für Glück und Wohlbefinden sowie gesellschaftliche und individuelle Gesundheit. Diese Freiheit darf erst da enden, wo die Freiheit und Selbstbestimmung von anderem Leben merklich einschränkt wird. Entsprechend bedeutend ist die Unterstützung weltweiter Bestrebungen zur Ermöglichung eines langen, gesunden, selbstbestimmten, lebenswerteren und erfüllten Lebens frei von Leid, Gewalt oder Diskriminierung in Wohlstand, Freiheit und im Einklang mit der Natur.

Die bestehenden Grundrechte müssen nicht nur gewahrt und ihre Umsetzung garantiert werden, sondern sie müssen auch entsprechend der Entwicklung neuer Technologien sowie dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn wiederkehrend überprüft und erweitert werden. Genauso müssen Gesetze, die gewisse Freiheiten und Grundrechte einschränken, immer wieder neu überdacht und gegebenenfalls angepasst werden.

Die reale und digitale Vernetzung von Arbeitswelten, Gesellschaften und Geschichten, bringen neue Chancen und Herausforderungen bezüglich der politischen Zukunftsplanung hervor. Insbesondere die dynamischen und grenzüberschreitenden Auswirkungen von Entscheidungen machen gemeinschaftliche Verantwortung für demokratische und ethische Werte zunehmend wichtiger.

Durch Ausweitung der Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen in Deutschland und anderen Ländern müssen dabei auch gegenwärtige sowie erwartete zukünftige Entwicklungen und die langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen bei der Zukunftsplanung berücksichtigt werden, um gemeinschaftlich verantwortungsvolle Entscheidungen treffen zu können.

7a) und 7b)

Die TPD bewertet ein weltweites Grundeinkommen (zunächst jeweils auf dem nationalen bzw. regionalen Wohlstandsniveau) positiv und fordert in diesem Zusammenhang (siehe Programm):

Einleitung internationaler Verhandlungen zur schrittweisen Umsetzung eines globalen Bedingungslosen Grundeinkommens, insbesondere für die Einwohner von Entwicklungsländern

Verstärkter Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in der Welt

Förderung von Projekten gegen jegliche Diskriminierung

Etablierung gleicher Rechte für alle Menschen, insbesondere konsequente Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Stärkung der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und zur Führung eines selbstbestimmten, individuellen Lebens unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensentwürfe

Ausbau der Europäischen Union mit dem Ziel der Errichtung eines föderalen europäischen Bundesstaates

Verstärkung der Bestrebungen zur schrittweisen politischen Vereinigung aller Staaten

Unterstützung einer freiheitlichen, unabhängigen und autarken Lebensweise

Zu a:

Die Garantie des Grundbedarfs ist für uns eine globale Angelegenheit.

Zu b:

Ja, wir arbeiten mit Organisationen und Personen weltweit für die Garantie des Grundbedarfs.



Zu a:

Ein universelles bzw. bedingungsloses Grundeinkommen ist keine absolut neue, aber immer noch revolutionäre Idee. Die fortschrittlichsten und wirtschaftlich stärksten Länder der Erde erwägen und diskutieren die Einführung eines BGE - insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Automatisierung und Digitalisierung diverser Formen von heutiger Erwerbsarbeit. Einer der verbreitetsten Einwände gegen ein BGE - selbst in Ländern mit hoher Wirtschaftskraft - ist die Frage der Finanzierbarkeit (auch vor dem Hintergrund von Migrationsbewegungen). Insofern ist aktuell nicht zu erwarten, dass die Idee eines Grundeinkommens in Ländern begrüßt werden würde, die wirtschaftlich schwächer und von der Automatisierung noch nicht so stark betroffen sind. Auch massive Migrationsbewegungen erschweren das Werben für ein BGE.

Nichtsdestotrotz können wir keine Gründe erkennen, warum sich die erheblichen Vorteile eines universellen Grundeinkommens nur auf die Länder der "Ersten Welt" beschränken sollten. Sobald sowohl die Gesellschaft als auch die Wirtschaft eines Landes unter ähnlichen Vorzeichen stehen wie hierzulande halten wir es für unbedingt erforderlich, ein bedingungsloses Grundeinkommen in die öffentliche und politische Diskussion zu bringen. Bezüglich offener Fragen wie der weltweiten Finanzierbarkeit oder den Auswirkungen der Einführung eines BGE in wirtschaftlich schwachen Ländern mit anders bestellten Arbeitsmärkten müssten weitere Untersuchungen durchgeführt und Lösungsmodelle erarbeitet werden.

Zu b:

Bisher richten sich die Forderungen der Partei der Humanisten - mit Ausnahme der notwendigerweise internationalen politischen Themen - an die deutsche Politik. Das betrifft auch die Idee der Einführung eines universellen Grundeinkommens.

Die Einführung eines weltweiten Grundeinkommens könnte darüber hinaus im Bereich Entwicklungshilfe oder Internationales von den Mitgliedern der PdH diskutiert und in den Forderungskatalog aufgenommen werden.

Zu a:

Wir würden ein weltweites Grundeinkommen begrüßen.

Zu b:

Wir engagieren uns vordergründig für ein Grundeinkommen in Deutschland und Europa und würden das dann weltweit auch unterstützen. Wir können das bisher nur in einem bescheidenen Rahmen machen.



Zu a:

Siehe Antwort auf Frage 1.

Zu b:

Nein.



Zu a:

Grundsätzlich gibt es keinen Grund, weshalb ein BGE nicht grundsätzlich allen Menschen zustehen sollte.

Zu b:

Bisher konzentriert sich die V-Partei³ auf die Machbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Prüfstein 8

Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an.

8a

Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten?

8b

Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?



Zu a:

Bereits 2014 haben wir die „Digitale Agenda“ der Bundesregierung beschlossen und setzen sie seither um. In den nächsten Jahren entscheidet sich, welche Länder bei der Digitalisierung erfolgreich und ganz vorne mit dabei sind. Dafür stellen wir die Weichen. Deshalb wird im Bundeskanzleramt die Position eines Staatsministers für Digitalpolitik“ neu geschaffen. CDU und CSU sind davon überzeugt, dass mit der Digitalisierung immense Chancen für Deutschland, seine Bürger und die Wirtschaft verbunden sind. Wir werden sie mutig ergreifen und entschlossen nutzen. Damit wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen, muss Deutschland auch hier Weltspitze sein. Fortschritt und Innovation wollen wir im Dienste der Menschen nutzen. Mit neuen Arbeitszeitmodellen wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Dabei kann uns die Digitalisierung helfen.

Bildung bzw. lebensbegleitendes Lernen wird eine Grundvoraussetzung, um der Digitalisierung der Arbeitswelt erfolgreich zu begegnen und die Menschen mitzunehmen. Deshalb brauchen wir eine digitale Bildungsoffensive für Schüler, Auszubildende, Studenten und Lehrkräfte, um sie optimal auf ihre Berufsleben im digitalen Zeitalter vorzubereiten. Zudem wollen wir eine "Nationale Weiterbildungsstrategie" auflegen, um berufliche Weiterbildung/Qualifizierung besser zu unterstützen. Der Arbeitsplatz soll auch zum Lernort werden, denn nachhaltige und effektive berufliche Weiterbildung sollte immer praxisnah erfolgen. Die genaue Ausgestaltung werden wir mit den Sozialpartnern und den zuständigen Stellen (Schulen, Kammern etc.) erarbeiten.



Siehe oben.

DIE LINKE.

Zu a:

Neue Technologien, globale Vernetzung und der zunehmende Einsatz autonom-intelligenter Systeme haben unsere Arbeitswelt verändert und werden dies auch weiter tun. Grundsätzlich besteht aber die Position, dass Digitalisierung ein demokratisch und politisch zu gestaltender Prozess ist, und kein unbeeinflussbares Naturereignis. ***DIE LINKE*** setzt sich dafür ein, dass Humanisierungsstandards und Mitbestimmung der Beschäftigten bei der

Gestaltung des digitalen Wandels im Vordergrund stehen, statt allein auf Produktivitätssteigerung und größtmögliche Effizienz von Arbeitsprozessen abzu zielen.

Die Arbeitgeberverbände wollen die Debatte für eine weitere Deregulierung von ArbeitnehmerInnenrechten nutzen, was es zu verhindern gilt. Wie, ob und in welchem Umfang Arbeitsprozesse digitalisiert und Berufsbilder verändert werden, kann und muss gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden. Dazu benötigen sie weitreichende Mitbestimmungsrechte. Gleichzeitig braucht es einen verbindlichen Arbeitsschutz, der vor Entgrenzung der Arbeit, zunehmender Arbeitsverdichtung und psychischen Belastungen schützt. Darüber hinaus ist ein umfassendes Recht der Beschäftigten auf Weiterbildung notwendig, damit die Qualifikation an geänderte Anforderungen angepasst werden kann.

Durch Crowdfunding und kommerzielle Vermittlungsplattformen von Dienstleistungen findet Arbeit vermehrt in rechtlichen Grauzonen oder gar rechtsfreien Räumen statt. Regelungen zu Arbeitsrecht und Arbeitsschutz greifen so zunehmend ins Leere. Die Begriffe „Arbeitgeber“, „Arbeitnehmer“ und „Betrieb“ sind daher zeitgemäß neu zu fassen. Arbeitsschutzrechte müssen umfassend gelten und nach Empfehlungen einer Kommission aus Gewerkschaften, Expertinnen und Experten aus Arbeitsrecht und Arbeitsmedizin auf diese Herausforderungen hin überarbeitet werden. Es muss ein EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding geschaffen werden, damit Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung, Besteuerung etc. weder ausgehöhlt noch umgangen werden können. Bei Crowdfunding-Plattformen müssen sowohl die Betreiber als auch die Auftraggeber an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme paritätisch beteiligt werden.

Zu b:

Die Forderung nach einem Grundeinkommen ist eng verknüpft mit der Debatte um die gesellschaftliche Bedeutung von Erwerbsarbeit und den anderen wichtigen Tätigkeiten. Die Digitalisierung hat diese Debatte mit angestoßen, da neue Arbeitsformen oft kaum sozial abgesichert sind und Automatisierung bestimmte Formen von Erwerbsarbeit wegfallen lässt. Ob das bedingungslose Grundeinkommen gerade dadurch sinnvoll auf Veränderungen der Arbeitswelt reagieren würde oder ob ein anderer Fokus notwendig ist – insbesondere die Verkürzung und Verteilung von Arbeitszeit und die Anpassung von Arbeitsschutzrechten an neue Arbeitsformen -, ist Teil der Diskussion (vgl.1) in ***DIE LINKE***. Wir beschäftigen uns engagiert mit der Frage, inwiefern durch die Digitalisierung das Grundeinkommen notwendig und möglich wird, um die Verkürzung und Verteilung von Arbeitszeit, die Anpassung von Arbeitsschutzrechten an neue Arbeitsformen, die selbst organisierte Produktion und eine ökologische Transformation zu erreichen. Andererseits wird auch diskutiert, wie durch die fortschreitende Digitalisierung erwartete Produktivitätsgewinne gerecht verteilt und umfassende

Qualifizierungsmöglichkeiten für dringend erforderliche Tätigkeiten geschaffen werden können, zum Beispiel im sozialen und im Gesundheitsbereich.



Wir wollen den digitalen Wandel aktiv gestalten. Denn wir sehen viele Chancen und Möglichkeiten durch die Digitalisierung, die wir ergreifen wollen. Wir wollen neue, gute Jobs in neuen Arbeitsfeldern fördern. Wir wollen die ökologischen Möglichkeiten nutzen, die sich für die Energie- und Verkehrswende durch intelligente Steuerung, Automatisierung oder Vernetzung ergeben. Für all das werden wir die richtigen Weichen stellen. Wir wollen alle ermuntern und fördern, die den Mut haben, etwas Neues zu wagen. Und wir wollen diejenigen unterstützen, deren Arbeitsplätze oder deren Zukunft bedroht sind.

Die Digitalisierung wird wie jede technologische Revolution dafür sorgen, dass bestehende Tätigkeiten und Arbeitsplätze wegfallen und neue entstehen. Das ist für viele Menschen ein berechtigter Grund zur Sorge. Hier sind wir als Solidargemeinschaft gefragt. Wir wollen uns umso stärker aktiv für neue Jobs einsetzen. Wir werden unsere sozialen Sicherungssysteme auf diesen Wandel einstellen und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Wir werden dafür sorgen, dass alle gute Bildung genießen können – und zwar ein Leben lang. So können wir es schaffen, dass die Digitalisierung zu einem Gewinn für unser Land wird.



Die Fragen 8a und 8b werden zusammen beantwortet.

Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen. Die digitale Arbeitswelt eröffnet einen größeren Spielraum für die moderne Arbeitswelt – also wann und wo gearbeitet werden kann. Gleichzeitig findet ein Umdenken statt: Weg von der Stechuhr, hin zum projektorientierten Arbeiten. Arbeitsformen wie die Vertrauensarbeitszeit stellen die Aufgaben in den Vordergrund, nicht die Stunden, die man am Arbeitsplatz verbringt. Deshalb wollen wir das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, indem die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht beziehungsweise zehn Stunden, sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die elfstündige Ruhezeit aufgehoben wird. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden festgeschrieben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, halten wir nicht für sinnvoll. Den Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze müssen wir entbürokratisieren. Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern offensiv Möglichkeiten zum Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange entgegenstehen. Auch die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss gewahrt bleiben. Projektorientiertes Arbeiten stellt bisherige Regelungen des Arbeitsrechtes in Frage und hochqualifizierte, mobile Menschen wünschen immer häufiger freie Formen der Arbeitsgestaltung.

Anstelle eines bedingungslosen Grundeinkommens wollen wir - wie bereits in unseren Antworten zuvor ausgeführt - ein liberales Bürgergeld.



Zu a:

Das Bündnis Grundeinkommen setzt sich als 1-Thema-Partei für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein. Das bedingungslose Grundeinkommen ist dabei unter anderem als erwerbsarbeits- und sozialpolitische Maßnahme zu verstehen. Ebenso sind Schritte zum bedingungslosen Grundeinkommen wie etwa die Abschaffung der Sanktionen im SGB II als erwerbsarbeits- und sozialpolitische Maßnahmen zu verstehen.

Zu b:

Aus unserer Sicht spielt das bedingungslose Grundeinkommen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der enormen Veränderungen und Herausforderungen, die sich unter dem Stichwort Digitalisierung in der Erwerbsarbeitswelt andeuten.



Zu a:

Zukünftig wird es nur noch schwer möglich sein, unser Sozialsystem mittels Beteiligung ausschließlich von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu unterhalten. Hier müssen auch Wertschöpfungsabgaben auf den Produktionsgewinn auf den durch Digitalisierung entstehenden Wegfall von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen das System stützen. Diese sollen, genau wie eine Finanztransaktionssteuer und eine Nutzung einer vereinheitlichten Mehrwertsteuer in Zusammenhang mit wegfallenden Kosten des Hartz 4-Systems und der damit in Verbindung stehenden Verwaltung die Grundlagen für die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens sicherstellen. Einen weiteren Hebel sehen wir in einer Umstrukturierung des Rentensystems. Hier halten wir eine paritätische Finanzierung insbesondere zur Erreichung eines Standards oberhalb des Grundeinkommens nach wie vor für angemessen. Wir

wollen dazu sämtliche Einkommen zur Finanzierung herbeiziehen, Beitragsbemessungsgrenzen abschaffen und eine Höchst- und eine Mindestrente, die oberhalb des Grundeinkommens angesiedelt sein muss.

Zu b:

Wir sehen unsere Vorschläge als Grundlage für die Arbeit einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages für die Volksabstimmung über die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens.



Zu a:

Das Grundeinkommen und die Ausweitung von mehr Teilzeit- und individuellen Arbeitszeitmodellen sind Antworten auf die in naher Zukunft anstehenden Beschäftigungsrisiken unter dem Thema „4.0“. Die Forderung nach einem Erziehungs- und Pflegegehalt (für mehr Familien- und Nachbarschaftszeit) ist eine weitere Forderung der ÖDP. Darüber hinaus ist die ÖDP eine wachstumskritische Partei, deren Kernaussage „Mensch vor Profit“ ist. Wir treten eine allgemeine Entschleunigung in der Arbeitswelt und im privaten Bereich ein.

Zu b:

Ein Grundeinkommen, welches allerdings nicht wirklich „bedingungslos“ sein kann, sondern in welchen theoretisch gedachten oder praktischen Umsetzungen „Rahmenbedingungen“ braucht, ist - zumindest für eine Übergangszeit - die notwendige Grundlage für wirklich nachhaltige, gerechte und menschenwürdige Sozial- und Ökologiepolitik.



Siehe oben.



Zu a:

Wir würden eine Beteiligung der Bevölkerung am Ertrag der Produktivität der maschinen- und computergestützten Arbeit vorschlagen.

Zu b:

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen würde die Menschen auffangen, die aufgrund immer mehr Digitalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren.



Durch Automatisierung und Digitalisierung werden künftig viele Arbeiten nicht mehr notwendigerweise von Menschen erledigt werden müssen. Dieser Prozess ist als positiv zu bewerten, wenn zugleich dafür gesorgt wird, dass die Menschen dennoch nach ihren Bedürfnissen tätig sein können und ausreichend ökonomisch, sozial und kulturell an der Gesellschaft teilhaben. Sinnstiftende und objektiv notwendige Tätigkeiten gibt es genügend, wenn die notwendige Infrastruktur dafür geschaffen wird (siehe Punkt 2), womit dieser Wandel in der Bedeutung von Arbeit für den Einzelnen und die Gesellschaft sogar dringend erforderlich ist. Das BGE ist hierfür ein wichtiges politisches Symbol, um die Debatte darum anzuschieben. Ein Einkommen statt Lohnarbeit allein reicht aber nicht aus, sondern muss flankiert werden durch aktive Gestaltung neuer Ansätze und Debatten darüber, welche Aufgaben wichtiger sind als die durch Automation/Digitalisierung ersetzte Lohnarbeit.



Die Transhumane Partei erkennt, dass sie die Zukunft und den Fortschritt nicht aufhalten kann (und sie möchte das auch nicht). Aber die TPD kann und will dazu beitragen, die technologischen und auch die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen politisch zu gestalten und Antworten auf die Frage zu finden, wie die Menschheit als Ganzes Wandel und Veränderung positiv für sich nutzen kann. Denn es ist entscheidend, wie sich die Gesellschaft vorbereitet und Entwicklungen steuert, und ob alle, oder nur wenige, vom Fortschritt profitieren werden und wann dies geschehen wird.

Zu a:

Die TPD hat sich zu diesem Thema bereits einige Gedanken gemacht und in ihrem Programm entsprechende Punkte bzw. Forderungen ausgearbeitet, beispielsweise:

Einleitung eines Paradigmenwechsels im Bildungssystem durch individuelle Förderung persönlicher Interessen und intrinsischer Motivation, Verlängerung der Lernzeit sowie Ausbau der Fähigkeiten, sich in Eigenverantwortung neue Bildungsinhalte und Kompetenzen anzueignen

Investitionen in neue und zukunftscompatible Ausbildungen, kleinere Klassen sowie eine moderne und qualitativ hochwertige Ausstattung von Bildungseinrichtungen

Behandlung und Diskussion aktueller sowie zukünftiger technologischer Entwicklungen im Schulunterricht

Kontinuierliche Neubewertung verbindlicher Bildungsinhalte im Kontext der aktuellen Welt sowie der Entwicklungsgeschwindigkeit technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen

Aufklärung gegen Technikskepsis und Förderung der Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien, beispielsweise in den Bereichen Gentechnik, Robotik und künstliche Intelligenz

Etablierung einfacher und praxisnaher gesetzlicher Regelungen für Kommunikation, Online-Handel und das Internet der Dinge

Ausbau des Zugangs zu schnellem Internet für wirtschaftliche und private Nutzung sowie Einführung offener und kostenfreier Funknetze

Reformation des Urheberrechts zur schnelleren Förderung von Kultur und Fortschritt

Gestaltung eines fortschrittsfreundlicheren Patentrechts und Erleichterung der Nutzung von Patenten zur schnelleren Umsetzung und Weiterentwicklung von Innovationen

Förderung zukunftsfähiger Technologien und Schaffung zeitgemäßer Gesetze zu deren Anwendung

Kontinuierliche und schnelle Anpassung gesetzlicher Rahmenbedingungen an aktuelle Technologien

Förderung einer wissenschaftlich-ethischen Begleitung potenziell weitreichender technischer Entwicklungen

Minimierung von Finanz- und Steuerdelikten durch Transparenz der Finanzmärkte, Kontrolle wichtiger Finanzinstitutionen sowie Erfassung aller relevanten Transaktionen der Privatwirtschaft

Erhöhung der Transparenz von wichtigen Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik, beispielsweise durch die Offenlegung von Einkommen, Lobbyismus und Beteiligungsstrukturen

Erforschung, Gestaltung und Durchsetzung von strengeren IT-Sicherheitsstandards sowie digitalen Grundrechten

Einrichtung von zukunftsorientierten Schulungen, Informationsveranstaltungen und Netzwerkevents für Unternehmensgründer

Erarbeitung von Konzepten zur Vorbereitung bzw. Auslegung der Wirtschaft und Industrie auf weitergehende bzw. weitreichende Digitalisierung und Automatisierung

Förderung der Automatisierung zur Erhöhung individueller Freiheit, besonders zur Reduzierung von ungewollter Erwerbsarbeit

Umsetzung adäquater technologischer Innovationen und bestehender Anwendungsmöglichkeiten zur Effizienzsteigerung, Umweltschonung sowie Maximierung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands

Erstellung von Plänen für einen auf Automatisierung basierten weitgehenden Bürokratieabbau zur Entlastung der Behörden

Einsatz von Automatisierung und künstlicher Intelligenz bei staatlichen Behörden zur Ermöglichung möglichst vieler Bürger- und Wirtschaftsangelegenheiten über das Internet

Prüfung und Aktualisierung gesetzlicher Regelungen zur Ermöglichung des verstärkten Gebrauchs von digitalen Treffen, virtueller Realität und Telepräsenz in Politik und Wirtschaft

Änderung des Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetzes in Richtung stärkerer Transparenz

Förderung flexibler Arbeitszeiten und Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen
Ausbau der Finanzmarktregulierungen zur Vorbeugung schwerer Wirtschaftskrisen bei Stärkung der Möglichkeiten kleinerer Unternehmen und einzelner Personen

Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens in existenz- und teilhabesichernder Höhe

Festigung bedarfsgerechter Sozialleistungen, auch über ein mögliches Bedingungsloses Grundeinkommen hinaus

Überarbeitung und schrittweise Abschaffung von Hartz IV

Reform aller Sozialversicherungen in Hinblick auf zukünftige technologische, gesellschaftliche und demografische Entwicklungen

Darüber hinaus sind alle Punkte aus 2) hier auch relevant.

Zu b:

Bei der politischen Behandlung der kommenden technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen spielt das BGE bzw. die Forderung nach einem BGE eine zentrale Rolle für die TPD. Die TPD gibt sich nicht nur mit der Wahrung der formalen Freiheitsrechte zufrieden, sondern besteht auch auf die Verwirklichung materieller Freiheitsrechte. Um einer von Technik, Automatisierung und Effizienz geprägten Zukunft eine menschenwürdige Gestalt zu geben, gehört hierzu auch die bedingungslose Absicherung aller Grundbedürfnisse. Fortschritt, vor allem technischer Fortschritt, muss dem Wohlbefinden aller menschlichen Individuen dienen. Das Grundrecht, hiervon bedingungslos partizipieren zu können, muss, nach Ansicht der TPD, als allgemeines Menschenrecht festgeschrieben werden. Gleichzeitig ist eine vielfältige, soziale und freiheitliche Gemeinschaft sowohl Basis als auch Ziel von Befähigung und Entwicklung. In diesem Sinne ist für die TPD das BGE nicht nur eine Reaktion auf den bevorstehenden Wandel, sondern auch eine Maßnahme, positive gesellschaftliche und technologische Veränderungen herbeizuführen und den allgemeinen Fortschritt zu beschleunigen. Deshalb kann, nach Meinung der TPD, ein BGE auch direkt aus den Grundgedanken des Transhumanismus abgeleitet werden.

Der von der TPD vertretene Transhumanismus steht dafür, sich nicht mit dem Erreichten zufriedenzugeben, sich nicht mit bestehenden Missständen und Beschränkungen abzufinden, sondern, Gegebenheiten zu hinterfragen, sich weiterzuentwickeln, sich zu verändern, sich zu verbessern – generell nach Höherem zu streben und überhaupt die gesamte Welt in einen lebenswerteren Ort zu verwandeln.

Dazu sollen gegenwärtige und erwartete zukünftige Entwicklungen sowie ihre Auswirkungen rational und systematisch erforscht und bei der Zukunftsplanung zu berücksichtigen werden, damit deren Möglichkeiten sinnvoll für die Gesellschaft nutzbar gemacht sowie verantwortungsvolle Entscheidungen mit Weitblick getroffen werden können. Transhumanismus ist die Idee, dass es allem Leben in Zukunft bessergehen kann als heute, wenn wir als Gesellschaft aufhören, in Grenzen zu denken. Transhumanismus, das ist für die TPD zusammenfassend das weitgehend ideologiefreie humanistische Umdenken der Menschen, mit allen ihren Fähigkeiten, mit all ihren Wünschen und Bedürfnissen – ohne sich durch das Hier und Jetzt begrenzen lassen zu wollen. Die TPD steht für eine faire, flexible, fortschrittliche und mutige Politik – sie steht ein für Freiheit, Solidarität und Chancengleichheit. Sie hinterfragt die vorherrschenden Verhältnisse und lässt Neues zu, um die Welt in Zukunft zu verbessern. Die TPD ist dabei fest davon überzeugt, dass hierbei der Transhumanismus als philosophische Denkrichtung helfen und mit neuen bzw. anderen Ansätzen die Politik in Europa, speziell auch in Deutschland, unterstützen und leiten kann. Die TPD tritt dafür ein, Gesundheit, Mobilität, Energie, Sicherheit, Automatisierung, Wissen und Bildung, Soziales und Arbeit zu demokratisieren, digitalisieren und idealisieren. Das heißt, endlich damit anzufangen, das, was nach bestem Wissen und Gewissen jeweils das Sinnvollste und Beste ist, planvoll umzusetzen, bevor uns als Gesellschaft die Zeit davonläuft. Die TPD ist die Partei für die Zukunft, für mehr Forschung, für freie Bildung, für echte Gesundheit und Freiheit – physisch, psychisch, global und digital. Sie ist die Partei für gesellschaftlichen und technologischen Fortschritt zum Wohle aller Menschen.



Zu a:

Aus Zeitgründen können wir diese Frage leider nicht ausführlich beantworten. Arbeitszeitverkürzung, Förderung von Mitbestimmung, Genossenschaften

Zu b:

Eine dienliche Rolle.



Zu a:

Auszug aus dem Grundsatzprogramm: "Digitalisierung, Automatisierung und Innovationen steigern die Effizienz der Wirtschaft und haben großen Einfluss auf unser Alltags- und Arbeitsleben. Die Entwicklung in der Forschung zur künstlichen Intelligenz und zum autonomen Fahren lassen weitere gravierende Änderungen

erahnen. Deutschlands Wohlstand basiert auf einem starken Mittelstand und der Maschinenbaubranche. Auch sie unterliegen einem starken Wandel und konkurrieren weltweit um ihre Position. Wir wollen Deutschland nicht nur auf die zunehmenden Veränderungen vorbereiten, sondern diese mutig vorantreiben und positiv beeinflussen.“

Neben dem bedingungslosen Grundeinkommen fordert die Partei der Humanisten auch die Stärkung der Gründerkultur durch finanzielle Förderung, Erleichterung von Investitionen, Reduzierung von Bürokratie und soziale Absicherung durch das universelle Grundeinkommen. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau internationaler Kooperation sowie die Beteiligung von Arbeitnehmern an den Unternehmen ein.

Zu b:

Das BGE nimmt Arbeitnehmern wie auch experimentierfreudigen (potentiellen) Arbeitgebern die Sorge vor einem vorübergehenden Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt. So werden Freiräume für mehr Mut zur Verfolgung des persönlichen Arbeitswunsches auf Arbeitnehmerseite wie auch Mut zu innovativen Start-Ups auf Arbeitgeberseite geschaffen.

Darüber hinaus erleichtert ein existenzsicherndes Grundeinkommen auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und erlöst arbeitstätige Eltern von der Notwendigkeit, wenigstens ein Elternteil in hohem Umfang weiter arbeiten zu lassen, um die finanzielle Versorgung der Familie sicher zu stellen.



Zu a:

Wir würden eine Beteiligung der Bevölkerung am Ertrag der Produktivität der maschinen- und computergestützten Arbeit vorschlagen.

Zu b:

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen würde die Menschen auffangen, die aufgrund immer mehr Digitalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren.



Zu a:

Wir verfolgen die Idee einer sogenannten „Automatisierungsabgabe“. Dem Wegfall von geringqualifizierten Arbeitsplätzen durch weiteren Einsatz von Maschinen gilt es entgegenzuwirken und die daraus entstehenden Folgen für die sozialen Sicherungssysteme abzuschwächen.

Zu b:

Wir FREIE WÄHLER sehen ein bedingungsloses Grundeinkommen als nicht zielführend an und lehnen dieses daher ab.



Zu a und b:

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bedeutet die Anerkennung der Tatsache, dass wir durch Automatisierung und Digitalisierung unumkehrbar und endgültig das Zeitalter möglicher Vollbeschäftigung hinter uns gelassen haben, da Roboter und Computer Produktions- und Verwaltungsprozesse in einem noch vor wenigen Jahren unvorstellbaren Ausmaß übernehmen. Die Sinnfrage unserer Existenz, seit Jahrhunderten im Arbeitsethos verortet, stellt sich somit neu und verlangt nach Antwort. Das bedingungslose Grundeinkommen schafft den Freiraum, in dem jeder nach seiner eigenen Antwort suchen kann. Wenn der Zwang, seinen Lebensunterhalt verdienen zu müssen, um nicht zu verhungern, wegfällt, werden Kräfte frei, um sich selbst zu verwirklichen.

Prüfstein 9

Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik.

9a

Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) plant Ihre Partei?

9b

Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit ist?

Dazu (https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf)



Zu a:

Wir haben in Deutschland eines der verlässlichsten und sichersten Sozialsysteme der Welt. Jeder kann sich, unabhängig vom Einkommen, darauf verlassen, dass er entsprechend versorgt wird, wenn er krank, pflegebedürftig, arbeitslos oder erwerbsunfähig wird. Die Grundsicherung sichert den notwendigen Lebensunterhalt. Unser Sicherungsnetz ist eng gespannt und fängt jeden auf, der Hilfe benötigt. Wir wollen, dass es auch in Zukunft so bleibt. Mit unserer vorausschauenden Politik wollen wir die soziale Sicherheit auch für unsere Kinder

und Enkel gewährleisten. Denn wir nehmen alle mit und lassen niemanden zurück – heute wie morgen.

Zu b:

Sanktionen sind dann angemessen, wenn beispielsweise eine zumutbare Arbeit ohne einen wichtigen Grund abgelehnt wird. Dies betrifft aber nur einen geringen Prozentsatz der Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Bei den meisten Langzeitarbeitslosen gibt es keinerlei Gründe für Sanktionen. Der Missbrauch von Sozialleistungen darf nicht hingenommen werden. Dies sind wir den Erwerbstätigen und jenen Arbeitslosengeld-II-Bezieher schuldig, die sich ernsthaft um Arbeit bemühen.



Siehe oben.

DIE LINKE.

Zu a:

DIE LINKE hält die derzeitigen Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) nicht für ausreichend. Sie bedeuten Armut und Ausgrenzung per Gesetz.

Deshalb wollen wir das Hartz-IV-System (SGB II) abschaffen und ersetzen. Wir ersetzen es mit guter Arbeit, einer besseren Erwerbslosenversicherung und einer bedarfsgerechten individuellen Mindestsicherung ohne Sanktionen und Kürzungen, die Armut abschafft. Die Höhe der Mindestsicherung muss derzeit 1050 Euro betragen. Sie gilt für Erwerbslose, aufstockende Erwerbstätige, Langzeiterwerbslose und Erwerbsunfähige ohne hinreichende Einkommen oder Vermögen. Wir wollen, dass die Leistungen der sanktionsfreien Mindestsicherung jährlich entsprechend der Lebenshaltungskosten angehoben werden. Einmal in der Legislaturperiode wird die Höhe der Mindestsicherung anhand der Armutsrisikogrenze und anhand eines Warenkorb überprüf. Das Prinzip der Bedarfs- und Einstandsgemeinschaften wollen wir abschaffen. Wir ersetzen es durch individuelle Ansprüche (Individualprinzip) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Unterhaltspflichten. Diese Mindestsicherung sichert sowohl erwerbsfähige als auch nicht erwerbsfähige Erwachsene, z.B. Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner.

Statt auf Gängelung im Jobcenter und Kürzungen des Existenzminimums setzt ***DIE LINKE*** auf die Sicherung der sozialen Garantien des Lebens. Sonderbedarfe, z.B. für chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderungen, werden im Rahmen der Solidarischen Gesundheitsversicherung bzw. des Bundesteilhabegesetzes gewährt. Bei Bedarf wird zusätzlich ein Wohngeld (Bruttowarmmiete) gezahlt. Wir

setzen uns für eine Mindestsicherung für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen ein. Das Asylbewerberleistungsgesetz wird abgeschafft. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und hier lebende EU-Bürgerinnen und -Bürger werden in die Mindestsicherung einbezogen.

Die Grundsicherung im Alter (SGB VII) wollen wir durch eine Solidarische Mindestrente in Höhe von derzeit 1050 Euro netto ersetzen. Die Solidarische Mindestrente ersetzt die Grundsicherung im Alter. Sie soll an alle Menschen im Rentenalter als Zuschlag – oder im Einzelfall auch als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden, die weniger als 1050 Euro Nettoeinkommen im Alter haben und nicht über ein hohes Vermögen verfügen. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft. Sie wird aus Steuern finanziert. Die Unterhaltsansprüche nach dem BGB werden berücksichtigt. Wir werden mit deutlich höheren Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt.

Zur Armutsbekämpfung gehört auch, dass BAföG ausreichend hoch sein muss. Wir setzen uns daher für ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1050 Euro netto ein. Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig und automatisch an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Zu b:

DIE LINKE hält Sanktionen für grundrechtswidrig, weil sie das Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum verletzen. Wir wollen Sanktionen und jegliche Kürzungen des Existenzminimums abschaffen. Die von uns geforderte Mindestsicherung muss sanktionsfrei gewährt werden. Die Sanktionen thematisieren wir kontinuierlich im Bundestag, beispielsweise in regelmäßigen Kleinen Anfragen zu Zahl, Gegenstand und Höhe von Sanktionen.



Zu a:

Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet und erhöht werden, dass man menschenwürdig davon leben kann, soziale und kulturelle Teilhabe möglich ist. Die Kinderregelsätze müssen sachgerecht ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen wir eine gesonderte Pauschale einführen und die Übernahme der angemessenen Wohnkosten sicherstellen. Auch unvermeidlich nötige größere Anschaffungen, wie Waschmaschinen, müssen möglich sein. Die Grundsicherung werden wir zu einer individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

Wir wollen, dass das Grundrecht auf Existenzsicherung einfach und zuverlässig wahrgenommen werden kann. Jobcenter sollen zu Dienstleistern der Arbeitsuchenden werden und kooperativ mit ihnen zusammenarbeiten. Wir stärken die Rechte der Leistungsberechtigten und setzen in der Grundsicherung nicht auf Sanktionen, sondern auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Daher wollen wir die Sanktionen abschaffen. Dies gilt insbesondere für die Sonderregeln für unter 25-Jährige und für die Kosten der Unterkunft und Heizung. Gas- und Stromsperrern müssen gesetzlich eingeschränkt werden. Diskriminierende Regelungen nur für Grundsicherungsbeziehende wollen wir streichen. Damit liegt der Fokus der Arbeitsvermittlung wieder darauf, Arbeitslose passgenau dabei zu unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung, Sozialberatung, Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Es braucht zudem mehr Möglichkeiten, Konflikte ohne Prozess zu lösen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass Eingliederungsvereinbarungen nicht durch einen Verwaltungsakt ersetzt werden.

Zu b:

Nach den Regelungen des Sozialgesetzbuches, auch des SGB II, sind Arbeiten einerseits unter bestimmten Bedingungen zumutbar. Die Regelungen nach denen Arbeit als zumutbar betrachtet werden können, sind mit dem Begriff Zwangsarbeit aus unserer Sicht nicht zutreffend erfasst. Bei Pflichtverletzungen kann die sozialstaatliche Unterstützung verloren gehen. Dazu gehört es auch, wenn eine zumutbare Arbeit verweigert wird. Wie oben ausgeführt, sehen wir diese Praxis kritisch. Wir setzen in der Grundsicherung auf Anerkennung und Motivation, Sanktionen für Pflichtverletzungen halten wir nicht für sinnvoll und wollen wir abschaffen.



Die Fragen 9a und 9b werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz und für die Vereinfachung bei den steuerfinanzierten Sozialleistungen ein. Aktuell gibt es viele verschiedene Sozialleistungen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Diese Leistungen sind oft nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem abgestimmt. Wem welche Leistungen zustehen, ist für die Betroffenen und auch für die Verwaltung oft nicht klar. Das System ist schwer durchschaubar und bestraft sogar teilweise die Arbeitsaufnahme. Beispielweise, wenn durch den Wegfall einer ergänzenden Sozialleistung am Ende trotz Arbeit weniger Geld übrigbleibt.

Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines liberalen Bürgergeldes ein. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen, wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld, in einer Leistung und an einer staatlichen

Stelle zusammengefasst. Das liberale Bürgergeld macht es für alle Menschen, die auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, einfacher und lässt sie nicht länger von Amt zu Amt rennen.

Auch die Arbeitsaufnahme lohnt sich mehr, als das heute der Fall ist. Selbstverdientes Einkommen soll nur prozentual und geringer als heute angerechnet werden. Wir wollen eine trittfeste Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen: Gerade Menschen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, gelingt über eine Teilzeittätigkeit im Rahmen eines Mini - oder Midijobs oft der erste Schritt. Gerade für Menschen im heutigen Arbeitslosengeld II („Hartz IV-Aufstocker“), lohnt es sich jedoch kaum, mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. Denn die Zuverdienstregelungen sind demotivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die Beine. Deshalb wollen wir diese in einem ersten Schritt reformieren. Es muss ins besondere attraktiver werden, vom Mini- in den Midijob zu wechseln und dort die Stundenzahl immer mehr auszuweiten. Das ist der zentrale gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich ziehen müssen. Ziel ist, dass es sich wieder lohnt, Schritt für Schritt voranzukommen und irgendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen. Deshalb setzen wir Freie Demokraten auf das liberale Bürgergeld, weil sich damit die eigene Anstrengung wieder lohnt. Daher ist das liberale Bürgergeld nicht bedingungslos. Um Mini-Jobs auf Dauer attraktiv zu halten, setzt sich die FDP dafür ein, dass die Mini-Job-Grenze (heute 450 Euro) auf das 60-fache des gesetzlichen Mindeststundenlohns (das wären heute 530,40 Euro) festgesetzt wird und sich mit ihm dynamisch entwickelt. Die Midi-Jobs sind entsprechend anzupassen.



Zu a:

Das Bündnis Grundeinkommen ist eine 1-Thema-Partei, deren Ziel ausschließlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist. Das bedingungslose Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen würde die bestehenden Grundsicherungssysteme weitestgehend ersetzen. Darüber hinaus planen wir keine politischen Maßnahmen. Wir befürworten jedoch Änderungen bzw. Anpassungen, die als Schritte auf dem Weg zum Grundeinkommen zu verstehen sind. Dies könnten zum Beispiel die Sanktionsfreiheit und die Individualisierung von Transferleistungen sein. Beides findet sich auch in den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen wieder.

Zu b:

Wir stimmen dem Ergebnis des Berichts prinzipiell zu. Wir möchten jedoch bemerken, dass die Frage, ob der Staat für eine nicht von ihm geschaffene, primär

wirtschaftliche Zwangslage der Betroffenen verantwortlich gemacht werden kann oder nicht, in dem Bericht nur deshalb mit Ja beantwortet wird, weil die öffentliche Hand die Lage ausbeutet, indem sie ein exzessiv niedriges Lohnniveau anbietet. („MAE-Stellen“). Mit anderen Worten. Der Bericht hält Sanktionen möglicherweise dann für gerechtfertigt, wenn die Mehraufwandsentschädigungen dem orts- oder tarifüblichen Lohnniveau entsprechen. Dem würden wir nicht zustimmen, da dies nicht im Einklang mit dem dritten Kriterium des Netzwerks Grundeinkommen (ohne Zwang zur Arbeit, ohne Gegenleistung) stünde.
Wir lehnen Sanktionen grundsätzlich ab.



Zu a:

Jegliche Sanktionsmöglichkeiten müssen abgeschafft werden. Das Wesen der Grundsicherung ist es, dass damit das Existenzminimum hergestellt werden soll. Dies darf unserer Ansicht nach nicht unterschritten werden.

Zu b:

Wir stimmen dem zu.



Zu a:

Durch Sanktionsfreiheit in „Hartz IV“ ändert sich das derzeitige ungerechte, entwürdigende und vor allem völlig intransparente Sozialsystem in Deutschland nicht. Das Grundeinkommen sorgt im Gegensatz zu den weit über 200 verschiedenen sozialen „Sicherungs- und Subventionssystemen“ für einen individuellen Anspruch ohne Neid, mit mehr Transparenz und vermeidet Scham- und Schuldgefühle. Gleichzeitig wird effizienter Bürokratieabbau umgesetzt.

Zu b:

Solange das jetzige System der „Leistungsgesellschaft“ mit „Arbeit = nur als Erwerbsarbeit in abhängiger oder selbständiger Form“ weiter existiert und gedacht wird, ist „Sanktionierung“ nur die konsequent-logische Folge einer „Bestrafung von Nichtarbeit“.

„Arbeit“ muss jedoch ganz anders und neu gedacht werden als viel umfassender Begriff. Schließlich wird bereits heute ca. 60% aller „Arbeit“ in Deutschland nicht als Erwerbsarbeit geleistet. Sie wird jedoch nicht als solche gesehen und schon gar nicht als solche bezahlt und gewertet.



Siehe oben.



Zu a:

Durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens würden die bestehenden Grundsicherungen entfallen.

Zu b:

Enthaltung



Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz tritt für eine Erhöhung der ALG2-Sätze ein und sieht die Sanktionen für ALG2-Bezieher sehr kritisch. Sie sind mit der Menschenwürde, dem Sozialstaatsgebot, dem Verbot von Zwangsarbeit und den Grundrechten der körperlichen Unversehrtheit und freien Berufswahl unvereinbar.



Zu a:

Die TPD fordert bezüglich der (aktuellen) Grundsicherungssysteme:

Ausarbeitung und Evaluation verschiedener Konzepte einer bedingungslosen Grundsicherung vor der Umsetzung eines Bedingungslosen Grundeinkommens
Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens in existenz- und teilhabesichernder Höhe

Festigung bedarfsgerechter Sozialleistungen, auch über ein mögliches Bedingungsloses Grundeinkommen hinaus

Überarbeitung und schrittweise Abschaffung von Hartz IV

Reform aller Sozialversicherungen in Hinblick auf zukünftige technologische, gesellschaftliche und demografische Entwicklungen

Durchsetzung von Gesetzesreformen zur Gestaltung eines vereinfachten, transparenten, gerechten und zukunftsweisenden Steuersystems

Einleitung eines umfassenden Bürokratieabbaus durch Vereinfachung und Automatisierung der Steuerverwaltung

Darüber hinaus erstrebt die TPD eine bessere gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig von direkten finanziellen Leistungen, beispielsweise durch:

- Anerkennung und Wertschätzung einer hohen und umfassenden Bildung sowie Förderung einer lebenslangen Fort- und Weiterbildung
- Gestaltung eines bildungsfreundlicheren Urheberrechts
- Stärkung der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und zur Führung eines selbstbestimmten, individuellen Lebens unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensentwürfe
- Ideologiefreie Förderung erfinderischer Tätigkeiten und künstlerischer Arbeit ohne Stilpräferenzen sowie Ausbau der Möglichkeiten einer lohnenden Vergütung individueller kreativer Leistungen
- Förderung von kostenlosen sowie frei zugänglichen Sportangeboten und kulturellen Veranstaltungen
- Ausbau des Zugangs zu schnellem Internet für wirtschaftliche und private Nutzung sowie Einführung offener und kostenfreier Funknetze
- Reformation des Urheberrechts zur schnelleren Förderung von Kultur und Fortschritt
- Gestaltung eines fortschrittsfreundlicheren Patentrechts und Erleichterung der Nutzung von Patenten zur schnelleren Umsetzung und Weiterentwicklung von Innovationen
- Einrichtung einer umfassenden steuerfinanzierten Gesundheitsversorgung auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und Wirksamkeitsnachweisen für alle Menschen sowie Ermöglichung einer freiwilligen privaten Zusatzversicherung für kontroverse medizinische Leistungen
- Garantie des Zugangs von Behinderten und chronisch Kranken zur bestmöglichen Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln sowie Versorgung mit der optimalen Therapie, die der Betroffene zur gesellschaftlichen Teilhabe gewinnbringend nutzen kann
- Erweiterung der Privatsphäre durch die Einführung und Verbindung von Datentransparenz und -hoheit für Endnutzer, beispielsweise bei der Erfassung medizinischer oder personenbezogener Informationen
- Erforschung, Förderung und Umsetzung neuer flexibler Lösungen für eine umweltschonende und dezentral-autarke Lebensweise
- Prüfung veralteter Gesetze auf unzeitgemäße Einschränkungen individueller Freiheit und Abbau von entsprechenden Einschränkungen und Zulassungsbeschränkungen
- Strategische staatliche Unterstützung für Produkte und Zukunftstechnologien, die sozial nutzbringend aber nicht zwingend (unmittelbar) finanziell gewinnbringend sind
- Förderung der Automatisierung zur Erhöhung individueller Freiheit, besonders zur Reduzierung von ungewollter Erwerbsarbeit
- Ausbau der Finanzmarktregulierungen zur Vorbeugung schwerer Wirtschaftskrisen
- Stärkung der Möglichkeiten kleinerer Unternehmen und einzelner Personen

Erarbeitung und Prüfung von wirtschaftlichen Konzepten eines weitgehend kostenlos nutzbaren dezentralen Netzes von autonomen öffentlichen Verkehrsmitteln

Etablierung umfangreicher wissenschaftlicher Datenbanken sowie Förderung der Citizen Science, insbesondere eines offenen und kostenfreien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen

Zu b:

Die Menschenwürde, die informationelle Selbstbestimmung, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die gleiche Stellung des Bürgers vor dem Gesetz, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit, Glaubensfreiheit und Koalitionsfreiheit, der säkulare Staat, aber auch das Recht auf Leben und Gesundheit sind die großen demokratischen Errungenschaften der Liberalisierung des Staates. Wir wollen unsere offene Gesellschaft zum Wohle der Menschen erhalten, gestalten und weiterentwickeln.

Deshalb stehen die Grundrechte und individuellen Freiheitsrechte für die Transhumane Partei Deutschland im Mittelpunkt ihres politischen Engagements. Die Grundrechte, allem voran die Menschenrechte, zählen unserer Meinung nach zu den bedeutendsten menschlich-kulturellen Errungenschaften. Ziel unserer Politik ist es, diese erkämpften Rechte nicht nur zu wahren und ihre Umsetzung zu garantieren, sondern sie zu erweitern und fortzuschreiben. Entsprechend gehört parallel zur beständigen Entwicklung neuer Technologien und dem damit verbundenen Erkenntnisgewinn auch eine wiederkehrende zeitgemäße Anwendung der Grundrechte, wie beispielsweise ihre Ausweitung auf andere Lebewesen und zukünftige Entitäten, zu unseren Bestrebungen. Dazu müssen Gesetze, welche grundlegende Rechte und Freiheiten einschränken, neu überdacht und den Erfordernissen unserer Zeit angepasst werden.

Unabhängig davon, dass es in anderen Ländern auch nicht viel besser aussieht, verstößt nach Meinung der TPD die aktuelle Sanktionspraxis bezüglich „Hartz IV“ gegen die Artikel 22 bis 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in denen die soziale Sicherung festgeschrieben ist. Dass man durch die Sanktionsmöglichkeiten zur Erhaltung des eigenen Lebens zur Aufnahme einer Arbeit genötigt wird, kommt noch dazu. Deshalb fordert die TPD in ihrem Programm auch ausdrücklich:

Verstärkter Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in der Welt

Etablierung gleicher Rechte für alle Menschen, insbesondere konsequente Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

In diesem Sinne kann die TPD der Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit des IAO überwiegend zustimmen; im Detail sollte die Aussage aber noch leicht relativiert werden: Man muss hier klar feststellen und unterscheiden, dass grundlegend kein Zwang zu einer bestimmten Arbeit stattfindet, sondern nur ein Zwang zu irgendeiner Arbeit. Es besteht im Wesentlichen immer noch eine freie Arbeitswahl, selbst bei Bestehen der Möglichkeit, die Grundsicherung um bis zu 100% zu kürzen. Allerdings resultieren die weitreichenden

Sanktionsmöglichkeiten und Vorgaben der Jobcenter tatsächlich teilweise praktisch in klassischer Zwangsarbeit. Für die TPD ist klar, dass dieser Zustand dringend beseitigt werden muss.



Siehe oben.



Zu a:

Unser Ideal ist die individuelle Selbstbestimmung. Bei der freien Verwirklichung des persönlichen Lebensentwurfes sowie bei der Identitätsfindung spielen Art und Ausmaß der Arbeitstätigkeit eine erhebliche Rolle. Die Partei der Humanisten fordert daher ein Ende der gängelnden Sanktionspolitik und des de facto-Arbeitszwangs, der der Hartz IV-Politik zugrunde liegt. Darüber hinaus befürworten wir in einem Zwischenschritt zur Einführung eines Grundeinkommens die Anhebung des Mindestlohns auf ein Niveau, das es - unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede in den Lebenshaltungskosten - möglich macht, die eigene Existenz mit nur einem Beruf abzusichern.

Zu b:

In der Partei der Humanisten sind keine Juristen mit völkerrechtlicher Expertise vertreten. Daher maßen wir uns daher nicht an, ein derart komplexes juristisches Thema zu kommentieren.



Zu a:

Durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens würden die bestehenden Grundsicherungen entfallen.

Zu b:

Enthaltung



Zu a:

Wir FREIE WÄHLER fordern eine ständige Anpassung der Höhe, um steigende Lebenshaltungskosten auszugleichen, bspw. wegen steigenden Energiekosten. Darüber hinaus prüfen wir eine stärkere Individualisierung der Leistung.

Zu b:

Eine generelle Abschaffung von „Hartz IV“ sehen wir kritisch. Vielmehr muss an ausgewählten Stellschrauben gedreht werden, um bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Im Weiteren verweisen wir auf die Antwort auf Frage 10.



Zu a:

Das BGE soll diese Leistungen ersetzen.

Zu b:

Die Hartz-IV-Sanktionspraxis entmündigt Arbeitslose und zwingt ihnen unter Androhung des Entzugs der Unterstützung demotivierende und entwürdigende Jobs und Wiedereingliederungsmaßnahmen auf. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde diese Leistungen überflüssig machen.

Prüfstein 10

Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen?

10a

Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen?

10b

Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?



Zu a:

Kinderarmut

Noch stärker als bisher wollen wir in den kommenden vier Jahren unsere Förderung auf Familien und Kinder ausrichten. Wir finden uns nicht mit Kinderarmut ab. Wir wollen, dass alle unsere Kinder die bestmögliche Erziehung, Bildung und Betreuung erhalten, unabhängig von Herkunft und Lebenssituation der Eltern.

Wir können Kinder dann aus sozial schwachen Verhältnissen holen, wenn wir ihre Eltern in Arbeit bringen. CDU und CSU setzen sich für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, indem wir die Kinderbetreuung weiter ausbauen, einen Anspruch auf Betreuung im Grundschulalter einführen, flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle befördern, den Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit nach einer

Pause unterstützen und einen Anspruch auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe schaffen. Zudem werden wir das Kindergeld um 300 Euro im Jahr erhöhen und finanzielle Mittel bereitstellen, damit jungen Menschen, deren Eltern von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, in ganz Deutschland der Weg in Ausbildung und Arbeit geebnet wird.

In den vergangenen Jahren haben CDU und CSU bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um Familien generell, vor allem Familien mit kleinen Kindern und auch Alleinerziehende, wirksam zu unterstützen und vor Armut zu schützen: Mit der Einführung des Elterngeldes, der Erhöhung der Betreuungsplätze bis hin zum Rechtsanspruch für Unterdreijährige, mit der verbesserten Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, der Ausweitung des Kinderzuschlages, der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ist Wesentliches für die Stärkung der Familien und den Schutz vor Armut geleistet worden. Wir setzen zudem darauf, dass Bildung der Schlüssel zur Vorbeugung von Armut ist. Hierzu haben wir das erfolgreiche Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt und fördern beispielsweise mit dem Programm „Kultur macht stark“ außerschulische Maßnahmen der kulturellen Bildung.

Zu b:

Dank der Sozialen Marktwirtschaft haben wir in Deutschland eines der besten und sichersten Sozialsysteme der Welt. Unser Sicherungsnetz ist eng gespannt und fängt jeden auf, der Hilfe benötigt. Reicht die eigene Rente nicht, sichert die Grundsicherung den notwendigen Lebensunterhalt.

Derzeit sind in Deutschland rund drei Prozent der Menschen über 65 Jahre auf staatliche Hilfe angewiesen und beziehen Grundsicherung im Alter. Bedürftigkeit im Alter ist heute also kein Massenphänomen. Damit dies auch so bleibt, haben CDU und CSU das Alterssicherungssystem über alle drei Säulen in Deutschland gestärkt und zukunftsfest gemacht. Wir stehen für ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten fair und nachvollziehbar verteilt.

Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. Daneben sind Betriebsrenten und die private Vorsorge (z. B. Riester-Renten) ebenfalls von großer Bedeutung für eine nachhaltige und gute Altersversorgung. Unser Ziel bleibt es weiterhin Altersarmut zu vermeiden.

Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll.



gemeinsame Antwort zu 10 und 10 a:

Die SPD tritt für eine Solidarrente ein. Wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und/oder Zeiten für Kindererziehung und Pflege angerechnet bekommt, soll einen Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente haben, sofern keine ausreichende Anzahl an Entgeltpunkten und kein umfangreiches sonstiges Einkommen im Haushalt vorhanden ist. Mit der Solidarrente wollen wir ein Alterseinkommen für langjährig Beschäftigte gewährleisten, das zehn Prozent über dem durchschnittlichen Grundsicherungsanspruch am Wohnort liegt. Regional unterschiedliche Wohnkosten werden so berücksichtigt.

Zu b:

Kinderarmut darf es in einem so reichen Land wie unserem nicht geben. Denn sie bedeutet vor allem auch einen schlechteren Zugang zu Bildung, Kultur und Sport. Das bedeutet mithin schlechtere Zukunftschancen.

Wir werden die Benachteiligung von Kindern armer Eltern beseitigen und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Dabei werden wir vor allem auch die besondere Lebenssituation von Kindern berücksichtigen, die mit einem Elternteil aufwachsen. Wir wollen die Arbeitsmarktbelastung und die finanzielle Situation der Eltern ebenso verbessern wie die Teilhabechancen von Kindern – unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern. Gute und bedarfsgerechte Kitas und Ganztagschulen sind dafür die entscheidende Voraussetzung. Gleichzeitig wollen wir ein nach Einkommen und Kinderzahl gestaffeltes Kindergeld einführen, das Kindergeld und Kinderzuschlag zusammenführt.

Mit Blick auf die politisch gewünschten Ziele (Vermeidung von Kinderarmut, Zugang zu Bildung für alle Kinder und gleiche Förderung aller Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern) werden wir das Konzept der Existenzsicherung für Kinder mit den unterschiedlich zusammenwirkenden Instrumenten regelmäßig überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert und niemand soll wegen seiner Kinder arm werden. Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.

DIE LINKE.

Zu a:

Unser Plan gegen Kinderarmut: 1. Kinderarmut ist „Elternarmut“. Wir kämpfen gegen Niedriglohn und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. 2. Gegen Armut von Kindern und jungen Erwachsenen brauchen wir einen eigenständigen Aktionsplan gegen Kinderarmut. 3. Darüber hinaus brauchen Kinder und

Jugendliche eine bessere öffentliche soziale Infrastruktur. Diese beinhaltet die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs und kostenfreien Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen. Jedes Kind ist uns gleich viel wert: Aktuell können wohlhabende Eltern für ihre Kinder einen höheren Betrag steuerlich geltend machen als Eltern mit geringerem Einkommen an Kindergeld bekommen. Wir wollen als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen. In Gegenden mit besonders hohen Mieten wird das Kindergeld – wie die Kindergrundsicherung – im Bedarfsfall durch entsprechend regionalisiertes Wohngeld ergänzt. Für alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen fordert **DIE LINKE** gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine eigenständige, individuelle Grundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro, die bisherige pauschale Geldleistungen für Kinder und Jugendliche zusammenfasst. Die Kindergrundsicherung wird entsprechend der Entwicklung des Existenzminimums von Kindern angepasst. Sie setzt sich zusammen aus einem monetären Grundbetrag und einem Betrag, der die Mängel der Infrastruktur für Kinder ausgleichen soll. Wenn diese soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche kostenfrei geschaffen ist, kann die Kindergrundsicherung um den entsprechenden Betrag reduziert werden.

DIE LINKE fordert wie viele Wohlfahrtsverbände eine zu versteuernde Kindergrundsicherung von derzeit 573 Euro sowie als erstem Schritt dahin ein Kindergeld für alle Kinder und Jugendlichen von derzeit 328 Euro.

Zu b:

DIE LINKE will Altersarmut beseitigen. Weil Altersarmut zumindest teilweise Folge von prekärer Beschäftigung und niedrigen Löhnen ist, auf denen die niedrigen Renten beruhen, muss das sozialversicherungspflichtige, unbefristete Normalarbeitsverhältnis wieder zur Regel werden. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden. Im Rentensystem selbst strebt **DIE LINKE** die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent an. Außerdem macht **DIE LINKE** sich unter anderem stark für die Wiedereinführung und Stärkung der Rente nach Mindestentgeltpunkten, die Abschaffung der Abschläge bei Erwerbsminderungsrenten, abschlagsfreie Rente nach 40 Beitragsjahren ab dem 60. Geburtstag. Wenn diese Elemente noch nicht für eine armutsfeste Rente reichen, greift die Solidarische Mindestrente: wer im Alter ein Einkommen unter 1050 Euro und kein hohes Vermögen hat, erhält die Differenz bis 1050 Euro netto im Monat, bei Bedarf ergänzt um ein Wohngeld bezogen auf die Bruttowarmmiete.



Zu a:

Wir wollen die Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung ausbauen. In einem ersten Schritt wollen wir für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, ein Mindestniveau in der Rentenversicherung einführen. Diese Garantierente ist steuerfinanziert und die Höhe wird oberhalb der Grundsicherung liegen. Es findet keine Bedürftigkeitsprüfung statt und betriebliche und private Altersvorsorge wird nicht angerechnet.

Zu b:

Ja, eine Leistung für Kinder, die deren Bedarf deckt, kann aus unserer Sicht einen großen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leisten. Mit dem grünen Familien-Budget schnüren wir ein großes Reformpaket, das zahlreiche Schwachstellen bei der Familienförderung angeht und einen großen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leistet. Mit zwölf Milliarden Euro wollen wir Familien entlasten. Für uns ist die Bekämpfung von Kinderarmut ein prioritäres Ziel. So entlasten wir Familien mit geringem und mittlerem Einkommen und stärken Alleinerziehende. Außerdem beenden wir endlich die ungleiche Unterstützung von Kindern entlang des Einkommens ihrer Eltern und zwar durch eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung, die das Kindergeld und die Kinderfreibeträge ersetzt.



Zu a:

Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. Denn das Praktische an Bausteinen ist, dass man sie immer wieder neu und vielseitig kombinieren kann. So kann sich jeder flexibel die Altersvorsorge zusammenstellen, die zu seinem Lebensweg passt. Es ist unumgänglich, das Rentenniveau in der gesetzlichen Rente daran anzupassen, dass die Menschen in Deutschland immer älter und zugleich weniger werden. Als einzige Alternative zu drastisch steigenden Beitragssätzen ist die ergänzende Vorsorge unverzichtbar. Betriebliche und private Altersvorsorge müssen daher attraktiver werden. Zum Beispiel durch mehr Verbraucherfreundlichkeit und Vergleichbarkeit der Produkte. Zudem sollte ergänzende Altersvorsorge auf eine breitere Basis gestellt werden. Dazu sollte in allen Bereichen geförderter Altersvorsorge die Möglichkeit ausgeweitet werden, auch in Infrastruktur, Aktien und andere Unternehmensbeteiligungen zu investieren. So könnte die Mitte der Gesellschaft auch stärker an den Chancen von Globalisierung und Digitalisierung teilhaben. Unser Berufsleben wird zudem immer bunter. Gerade in der digitalen Arbeitswelt

warten viele neue Tätigkeitsfelder und Geschäftsideen. Daher wird sich auch die berufliche Situation vieler Menschen häufiger verändern. Sie können öfter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und Ausland wechseln. All das muss ohne Nachteile für die eigene Alterssicherung möglich sein. Wer etwa aus der Anstellung in die Selbstständigkeit wechseln will, darf nicht benachteiligt werden, sondern muss zum Beispiel seine Riester- Förderung im „Rentenbaukasten“ behalten können. Diese soll daher künftig ganz einfach allen zur Verfügung stehen.

Wir Freie Demokraten wollen die berufsständischen Versorgungswerke und die Möglichkeit zur Gründung weiterer Versorgungswerke dauerhaft erhalten. Zunehmend sind ehemalige Selbstständige auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollen Selbstständige künftig für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Dies soll zu einer Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen. Alle Selbstständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. Zusätzlich zu dieser Wahlfreiheit wollen wir weitreichende Übergangsvorschriften und Karenzzeiten bei jeder Gründung schaffen.

Zu b:

Für uns Freie Demokraten ist gleicher, gesicherter Zugang zur weltbesten Bildung der Schlüssel zur Verhinderung von Kinderarmut. Daher setzen wir uns für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung für volljährige Schüler, Auszubildende und Studierende ein. Junge Menschen sind eigenständige Persönlichkeiten, die sich selbst für ihren Ausbildungsweg entscheiden wollen. Die Wahl der Ausbildung stellt für sie die Weichen für die Zukunft. Schüler, Auszubildende und Studierende sollen ihren Talenten folgen und müssen ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen können. Deshalb darf die Finanzierung auch für niemanden an den Vorstellungen der Eltern oder deren Einkommen scheitern. Die Förderung besteht aus einem Zuschuss in Höhe von 500 Euro sowie einem Darlehensangebot. Die Refinanzierung des Zuschusses erfolgt über die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Schülern, Azubis und Studierenden. Für den Teil, der als Darlehen gewährt wird, sollen sich die Rückzahlungsmodalitäten am späteren Einkommen orientieren. Wir Freie Demokraten fordern staatliche Unterstützung beim Bildungssparen für ein lebenslanges Lernen. Damit jeder seinen Talenten folgen und seine Träume verwirklichen kann, wollen wir jedem Bürger ein Leben lang die Chance zum Aufstieg geben. Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg, aber die gibt es kaum zum Nulltarif. Daher setzen wir uns für ein Bildungssparen ein. Das heißt: Für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss. So können Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder von klein auf absichern.



Zu a:

Das Bündnis Grundeinkommen ist eine 1-Thema-Partei, deren Ziel ausschließlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist. Das bedingungslose Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen würde die bestehenden Grundsicherungssysteme weitestgehend ersetzen. Die Höhe des Grundeinkommens soll geeignet sein um die Existenz zu sichern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das Grundeinkommen erhalten alle Mitglieder einer politischen Gesellschaft, die sich dafür entscheidet, unabhängig vom Alter.

Eine ausreichende Grundrente für alle wäre eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen, und könnte ein geeigneter Zwischenschritt auf dem Weg zum allgemeinen bedingungslosen Grundeinkommen sein.

Zu b:

Das Bündnis Grundeinkommen ist eine 1-Thema-Partei, deren Ziel ausschließlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist. Das bedingungslose Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen würde die bestehenden Grundsicherungssysteme weitestgehend ersetzen. Die Höhe des Grundeinkommens soll geeignet sein um die Existenz zu sichern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das Grundeinkommen erhalten alle Mitglieder einer politischen Gesellschaft, die sich dafür entscheidet, unabhängig vom Alter.

Ein Kindergrundeinkommen, also ein jedem Kind zustehendes, ausreichendes Grundeinkommen wäre eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen, und könnte ein geeigneter Zwischenschritt auf dem Weg zum allgemeinen bedingungslosen Grundeinkommen sein.



Zu a:

Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf ca. € 15,- soll bei dauerhaftem Bezug der Altersarmut begegnet werden. Die unter 8a genannten Maßnahmen zur Reform des Rentensystems sollen eine Mindest- bzw. Grundrente sicherstellen.

Zu b:

Wir fordern die sofortige Einführung eines bedingungslosen Kindergrundeinkommens ab 0 Jahre.



Zu a:

Die ÖDP fordert die vordringliche Einführung des Grundeinkommens u.a. für Erziehende und Kinder sowie für Rentner, Pflegebedürftige, Erwerbsgeminderte und Erwerbsunfähige sowie Pflegende. Darüber hinaus fordert die ÖDP seit Jahrzehnten ein sozialabgabenpflichtiges Erziehungs- und Pflegegehalt sowie bezahlbaren Wohnraum unter Beachtung sozialökologischer Faktoren.

Zu b:

Das Grundeinkommen, aber auch das jahrelang von der ÖDP geforderte sozialabgabenpflichtige Erziehungs- und Pflegegehalt, kann dafür Sorge tragen, dass Familien und damit auch Kinder finanziell sorgenfreier leben können. Es sorgt jedoch vor allem dafür, dass Eltern die Möglichkeit haben, mehr Zeit in die Familie statt (ausschließlich) in die Erwerbsarbeit zu investieren. Mehr Zeit für Bildung und Erziehung, „Füreinander Dasein“, Übernahme von Verantwortung und für praktizierte „Entschleunigung“ ist dabei mindestens so wichtig wie mehr Geld in der Haushaltskasse.

Das sozialabgabenpflichtige Erziehungsgehalt würde insbesondere Alleinerziehende (meist Mütter) aus der Abhängigkeit von Hartz IV befreien.



Siehe oben.



Durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens können Kinder- und Altersarmut gemildert, bzw. beseitigt werden.

Zu a:

Eine angepasste Grundrente – ähnlich dem holländischen Modell – wäre eine gute Möglichkeit, Armut im Alter auszuschließen.

Zu b:

Ja



Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz versteht sich als Interessenvertreter und Stimme aller, die selbst keine Stimme haben. Dies umschließt auch alle Kinder und Senioren, die aufgrund von Krankheit oder Schwäche nicht an politischer

Mitbestimmung teilhaben können und keine Lobby haben. Die wirtschaftliche Benachteiligung von Menschen im höheren Alter muss dringend beseitigt werden, da dies ein wesentlicher Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft ist und die Würde des Menschen in jedem Lebensabschnitt wahrt. Jeder Euro für Senioren ist auch ein Beitrag für die regionale Wirtschaft und familiären Zusammenhalt. Kinderarmut ist besonders dringend zu bekämpfen, da im Vorschul- und Schulalter die Weichen gestellt werden für das spätere Leben und Benachteiligungen aufgrund von ökonomischen Zwängen unverschuldet dazu führen, dass Potenzial nicht genutzt wird oder gar massiv falsche Richtungsentscheidungen fallen oder gefällt werden müssen, die sich später nur schwer oder gar nicht wieder ausgleichen lassen. Es muss daher auch ein bedingungsloses Grundeinkommen für Kinder geben. Die Verwendung dieses Einkommens soll zum Wohle der Familie und des Kindes, insbesondere für Bildung und soziale/kulturelle Teilhabe, verwendet werden.



Zu a:

Die TPD fordert ein BGE. Dieses würden selbstverständlich auch ältere Menschen erhalten, die nicht (mehr) arbeiten. In diesem Zusammenhang sollen auch alle Sozialversicherungen in Hinblick auf zukünftige technologische, gesellschaftliche und demografische Entwicklungen reformiert werden.

Darüber hinaus fordert die TPD insbesondere in Hinblick auf Altersarmut:

Förderung von kostenlosen sowie frei zugänglichen Sportangeboten und kulturellen Veranstaltungen

Ausbau des Zugangs zu schnellem Internet für wirtschaftliche und private Nutzung sowie Einführung offener und kostenfreier Funknetze

Erarbeitung und Prüfung von wirtschaftlichen Konzepten eines weitgehend kostenlos nutzbaren dezentralen Netzes von autonomen öffentlichen Verkehrsmitteln

Ermöglichung unkomplizierter und zeitgemäßer Methoden zur Durchführung von Geschäften bei Beibehaltung der Möglichkeit des Bezahls mit Bargeld

Etablierung individueller, ganzheitlicher, präventiver und regenerativer Medizin als Leitbild einer idealen Gesundheitsversorgung und Ärzteausbildung sowie Wegbereitung der Anerkennung entsprechender Behandlungen durch gesetzliche Krankenkassen

Einrichtung einer umfassenden steuerfinanzierten Gesundheitsversorgung auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und Wirksamkeitsnachweisen für alle Menschen sowie Ermöglichung einer freiwilligen privaten Zusatzversicherung für kontroverse medizinische Leistungen

Garantie des Zugangs von Behinderten und chronisch Kranken zur bestmöglichen Ausstattung mit technischen Hilfsmitteln sowie Versorgung mit der optimalen Therapie, die der Betroffene zur gesellschaftlichen Teilhabe gewinnbringend nutzen kann.

Zu b:

Die TPD fordert ein BGE. Dieses würden selbstverständlich auch Kinder erhalten (zumindest einen reduzierten Betrag).

Darüber hinaus fordert die TPD insbesondere in Hinblick auf Kinderarmut:
Liberalisierung bzw. Öffnung des Währungsmarktes und Unterstützung sozialer alternativer Währungen

Investitionen in neue und zukunftscompatible Ausbildungen, kleinere Klassen sowie eine moderne und qualitativ hochwertige Ausstattung von Bildungseinrichtungen

Förderung von kostenfreien und allgemein zugänglichen Bildungsinhalten sowie umfassende Reduzierung von Bildungsbenachteiligungen

Gestaltung eines bildungsfreundlicheren Urheberrechts

Förderung von kostenlosen sowie frei zugänglichen Sportangeboten und kulturellen Veranstaltungen

Ausbau des Zugangs zu schnellem Internet für wirtschaftliche und private Nutzung sowie Einführung offener und kostenfreier Funknetze

Erarbeitung und Prüfung von wirtschaftlichen Konzepten eines weitgehend kostenlos nutzbaren dezentralen Netzes von autonomen öffentlichen Verkehrsmitteln

Ermöglichung unkomplizierter und zeitgemäßer Methoden zur Durchführung von Geschäften bei Beibehaltung der Möglichkeit des Bezahlens mit Bargeld

Etablierung umfangreicher wissenschaftlicher Datenbanken sowie Förderung der Citizen Science, insbesondere eines offenen und kostenfreien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen



Begrenzung der Vermögensanhäufung / Dezentralisierte Gemeinwohlwirtschaft

Zu a:

Ja.

Zu b:

Ja.



Zu a:

Unter "Altersarmut" wird gemeinhin per definitionem das Problem verstanden, dass das aktuelle Rentensystem die Existenzsicherung von Renter(innen) nicht mehr flächendeckend gewährleisten kann. Eine "ausreichende" (sprich: existenzsichernde) Grundrente ist daher einer der erfolgversprechendsten Ansätze zur Bekämpfung der Altersarmut.

Zu b:

Ein angemessenes Grundeinkommen auch für Kinder schützt nicht nur direkt vor Kinderarmut, sondern auch langfristig indirekt, indem jedem Kind und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu höherer Bildung ermöglicht wird. Diese führt im Durchschnitt zu einem höheren Einkommen und besseren Lebensumstände. Eine dadurch sozial gesicherte Umgebung schützt wiederum die nachfolgende Generation von Kindern vor Armut.



Durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens können Kinder- und Altersarmut gemildert, bzw. beseitigt werden.

Zu a:

Eine angepasste Grundrente – ähnlich dem holländischen Modell – wäre eine gute Möglichkeit, Armut im Alter auszuschließen.

Zu b:

Ja



Das Schonvermögen eines Antragstellers von Hartz IV soll zur Vermeidung von Altersarmut erweitert werden. Dazu soll der Bemessungsbetrag auf 2.000 Euro pro Lebensjahr ohne Obergrenze angehoben werden. Essentiell für den Abbau der Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Daher gilt es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu stärken, etwa in Form des Ausbaus der Kindertagesbetreuung.

Zu a:

Wir FREIE WÄHLER fordern grundsätzlich ein höheres Rentenniveau für Beitragszahler. Ein weiteres Abschmelzen der prozentualen Lohnersatzleistung gilt es in jedem Fall zu verhindern.

Zu b:

Nein.



Ja, da das BGE jedem Menschen gezahlt wird, ist es ein wirksames Instrument gegen Kinderarmut.

Prüfstein 11

Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?



Gemeinsam mit den Tarifpartnern werden wir flexible Modelle entwickeln, die es Familien ermöglichen, gemeinsam mehr Zeit miteinander zu verbringen. Wir werden prüfen, ob im Rahmen von Familien- und Lebensarbeitszeitkonten mehr Spielraum für Familienzeit geschaffen werden kann. Arbeitnehmer können somit selbst Zeit ansparen und diese z. B. während einer Weiterbildung oder für mehr Familien und Freizeit zum Lohn-/Zeitausgleich nutzen. Arbeitnehmer sollen so mehr individuelle Flexibilität in jeder Lebensphase erhalten, Arbeitgeber – insbesondere kleinere Betriebe – dürfen jedoch nicht überfordert werden.



Siehe auch Ausführungen zum Chancenkonto (gemeinsame Antwort zu 1 – 9 und 12)

Mehr selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung ist ein zentrales Ziel, um mehr Vereinbarkeit von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Beschäftigte sollen mehr Wahlmöglichkeiten bei ihrer Arbeitszeit und für ihren Arbeitsort erhalten, sofern betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen. Wir wollen daher, in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen, ein Wahlarbeitszeitgesetz auf den Weg bringen, in dem Rechtsansprüche der Beschäftigten, finanzielle Unterstützung in bestimmten Lebensphasen und Anreize für die Aushandlung betrieblicher Wahlarbeitskonzepte miteinander verzahnt sind. Ein wichtiger Baustein ist hierbei das Recht, nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit auf die frühere Arbeitszeit zurückzukehren.

DIE LINKE.

Wir fordern Sabbatjahre für alle: Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen, mit einem Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten sollen auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden können. Außerdem streben wir an, den Mindesturlaubsanspruch im Bundesurlaubsgesetz schrittweise von 24 auf 30 Werktage anzuheben.

Zeitsouveränität muss aber auch im Alltag gestärkt werden. Dafür müssen vier Bestandteile berücksichtigt werden: Zeit für Erwerbsarbeit, für Familien und Freundinnen und Freunde, für gesellschaftliches Engagement, Bildung und Kultur sowie ausreichend Erholung und Zeit für sich selbst. Das macht neue Arbeitszeitmodelle notwendig.

DIE LINKE fordert deswegen eine flexiblere und kürzere Normalarbeitszeit, die um die 30-Stunden-Woche kreist (kurze Vollzeit), bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Damit Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt, braucht es verbindliche Mitbestimmungsrechte bei der Arbeitsorganisation und Personalbemessung. Überstunden und Arbeitszeitgesetze müssen stärker durch Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen kontrolliert werden.

Damit sich eine Flexibilisierung von Arbeitszeit primär an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, will DIE LINKE ein individuelles Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung: der schon bestehende Anspruch auf Teilzeit muss durch ein Rückkehrrecht auf die vorherige vertragliche Arbeitszeit ergänzt werden. Damit insbesondere Sorgearbeit berücksichtigt werden kann, wollen wir einen Anspruch auf familiengerechte und kürzere Arbeitszeiten für alle, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen, und außerdem einen Anspruch auf eine sechswöchige Pflegezeit einführen. Ergänzend fordern wir einen Rechtsanspruch auf Erhöhung der Arbeitszeit, sofern im betreffenden Unternehmen Arbeit mit der entsprechenden Qualifikation vorhanden ist.

Wir unterstützen außerdem Gewerkschaften und Initiativen beim Kampf um kürzere Arbeitszeiten und mehr Zeitsouveränität.



Die grüne Zeitpolitik ermöglicht Menschen ihre Arbeitszeit beweglicher zu gestalten - gerade in Phasen, in denen sie Zeit für anderes brauchen. Sie hilft ihnen, alles gut unter einen Hut zu bringen.

Wir schlagen einen Vollzeit-Arbeitszeitkorridor im Bereich von 30 bis 40 Stunden vor. Innerhalb dieses Korridors sollen Beschäftigte - unter Einhaltung von Ankündigungsfristen - ihren Arbeitszeitumfang frei bestimmen können. Nur

dringende betriebliche Gründe sollen das verhindern können. Der bestehende Rechtsanspruch auf Teilzeit soll um ein Rückkehrrecht auf den früheren Stundenumfang ergänzt werden.

In der KinderZeit Plus sollen sich Eltern bis zu 24 Monate ohne Sorgen um ihren Nachwuchs kümmern können. Menschen, die Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige, Nachbarn oder Freund*innen übernehmen, sollen eine bis zu dreimonatige Freistellung erhalten können – die PflegezeitPlus. Mit einem auf das Einkommen zugeschnittenen Mix aus Darlehen und Zuschuss sollen Erwachsene, die sich weiterbilden wollen, mit der BildungszeitPlus unterstützt werden.



Wir Freie Demokraten wollen Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern, um mehr Souveränität in der beruflichen Lebensgestaltung zu ermöglichen. Sowohl die Arbeitswelt als auch unsere privaten Lebensentwürfe haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Die wenigsten von uns treten direkt nach der Ausbildung eine Arbeitsstelle an, in dem sie bis zum Renteneintritt bleiben. Heute wechseln die meisten nach einigen Jahren den Arbeitsort oder den Arbeitgeber und suchen neue Herausforderungen im Beruf oder auch im Privaten. Damit jeder seinen individuellen Lebensweg beschreiten kann, brauchen wir mehr Freiräume und hierfür flexiblere Instrumente. Ein entscheidendes Element hierfür kann ein Langzeitkonto sein zum Beispiel für mehr Luft in der „Rush-Hour“ des Lebens, bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, für ein Postgraduiertenstudium, oder wenn man mit einem Sabbatical einmal aussetzen will. Ein Langzeitkonto (auch Wertguthaben- oder Zeitwertkonto genannt) funktioniert so: In einer arbeitsintensiven Phase sammeln Arbeitnehmer Überstunden, Boni, Resturlaub und Sonderzahlungen an. Diese werden in ein Wertguthaben auf dem Langzeitkonto umgewandelt. Auch über eine steuerfreie Entgeltumwandlung von Teilen des Gehaltes und Zuschüsse des Arbeitgebers kann man Geld ansparen. All das ist bereits jetzt nach dem Flexi-II-Gesetz möglich, allerdings ist die Verbreitung insbesondere in mittelständischen Unternehmen noch sehr gering. Das Langzeitkonto soll unabhängig vom Arbeitgeber werden, damit einfacher als heute übertragbar sein und das Guthaben für alle Formen der Freistellungen genutzt werden können. Bestehende Einschränkungen, etwa in der Kombination mit Elterngeld, sollen beseitigt werden. Seitens der Unternehmen brauchen wir Bürokratieabbau und Vereinfachungen in der Durchführung, etwa bei Berichtspflichten und der Entstehung von Urlaubsansprüchen während der Auszeiten. Zudem sollte es mehr Freiheiten bei der Kapitalanlage geben. Damit schaffen wir einen großen Wurf für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität und erleichtern die Umsetzung individueller Vorstellungen in der Lebensführung.



Das Bündnis Grundeinkommen ist eine 1-Thema-Partei, deren Ziel ausschließlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist. Dieses Grundeinkommen würde auch Auszeiten absichern und somit mehr Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit ermöglichen.



Hier sehen wir bei der angestrebten Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens keinen weiteren Handlungsbedarf. Die Entscheidung für eine wie auch immer begründete Auszeit wäre dann individuell und finanziell unabhängig realisierbar.



Siehe vorherige Fragen.



Siehe oben.



Wir würden flexible Arbeitszeiten und Arbeitsmöglichkeiten befürworten, zum Beispiel ein Sabbatjahr. Das bedingungslose Grundeinkommen würde zusätzlich den Druck, Vollzeit arbeiten zu müssen, um die Lebenshaltungskosten zahlen zu können, verringern.



Insbesondere sind gleitende Übergänge in den Renteneintritt und die Loslösung von starren Altersgrenzen wichtig. Aber auch die Möglichkeiten von Sabbaticals, beruflicher oder persönlicher Weiterbildung, Familienzeiten, Teilzeitmodellen und Auszeiten für Ehrenämter müssen weitaus stärker in den Unternehmenskulturen

verankert werden. Die bisherigen staatlichen Förderungen sind hier bei weitem nicht ausreichend. Die bürokratischen Hürden und viel zu schnell ausgeschöpften Töpfe für bspw. berufliche Weiterbildung bei Gehaltsausgleich für den Arbeitgeber (Bildungsurlaub) zeigen, dass es keine wirklichen Bestrebungen seitens der Politik und der Arbeitgeber gibt, finanziell abgesicherte Persönlichkeitsentwicklung im Berufsleben zu ermöglichen, selbst wenn sie zum ökonomischen Vorteil aller sind. Wir fordern darüber hinaus auch solche Absicherungen für flexible Gestaltung des Arbeitslebens ohne rein ökonomische Vorteile, die sich etwa rein der Familie oder dem Ehrenamt widmet.



Die TPD fordert in ihrem Programm dazu beispielsweise:

Stärkung der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und zur Führung eines selbstbestimmten, individuellen Lebens unter Berücksichtigung der Gleichberechtigung unterschiedlicher Lebensentwürfe

Unterstützung einer freiheitlichen, unabhängigen und autarken Lebensweise

Erforschung, Förderung und Umsetzung neuer flexibler Lösungen für eine umweltschonende und dezentral-autarke Lebensweise

Stärkung der Freiheit, mit dem eigenen Körper zu machen, was man will (morphologische Freiheit)

Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in existenz- und teilhabesichernder Höhe

Festigung bedarfsgerechter Sozialleistungen, auch über ein mögliches bedingungsloses Grundeinkommen hinaus

Reduzierung der persönlichen finanziellen Risiken von eigenen Projekten im Bereich der Forschung und Entwicklung, beispielsweise durch Finanzierungshilfen für internationale Patentkosten, Stärkung von Arbeitnehmererfinderrechten oder Steuererleichterungen

Verstärkter Einsatz für Demokratie und Menschenrechte in der Welt

Etablierung gleicher Rechte für alle Menschen, insbesondere konsequente Einhaltung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Erweiterung der Privatsphäre durch die Einführung und Verbindung von Datentransparenz und -hoheit für Endnutzer, beispielsweise bei der Erfassung medizinischer oder personenbezogener Informationen

Strategische staatliche Unterstützung für Produkte und Zukunftstechnologien, die sozial nutzbringend aber nicht zwingend (unmittelbar) finanziell gewinnbringend sind

Ausbau der Finanzmarktregulierungen zur Vorbeugung schwerer Wirtschaftskrisen bei Stärkung der Möglichkeiten kleinerer Unternehmen und einzelner Personen

Einrichtung eines deutschlandweiten sowie bevölkerungsübergreifenden Programms zur Förderung von Ideen, Innovationen und Businesskonzepten zur Verbesserung der Welt im Kleinen und Großen

Prüfung veralteter Gesetze auf unzeitgemäße Einschränkungen individueller Freiheit und Abbau von entsprechenden Einschränkungen und Zulassungsbeschränkungen

Förderung der Automatisierung zur Erhöhung individueller Freiheit, besonders zur Reduzierung von ungewollter Erwerbsarbeit

Förderung flexibler Arbeitszeiten und Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen



Siehe oben.



Abseits der Einführung eines bedingungslosen (bzw. universellen) Grundeinkommens hat die Partei der Humanisten noch keine konkreten Forderungen mit dieser Zielrichtung beschlossen. Wir haben uns im Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl allerdings dafür ausgesprochen, den Zeitraum für die Pflege von nahen Angehörigen bei Lohnfortzahlung zu verlängern.



Wir würden flexible Arbeitszeiten und Arbeitsmöglichkeiten befürworten, zum Beispiel ein Sabbatjahr. Das Bedingungslose Grundeinkommen würde zusätzlich den Druck, Vollzeit arbeiten zu müssen, um die Lebenshaltungskosten zahlen zu können, verringern.



Die steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit sehen wir kritisch und verfolgen das Thema nicht.



Das BGE ermöglicht den Menschen Selbstbestimmung über Erwerbsarbeit. Abgesehen davon müssen auch Pflege von Angehörigen oder Kindern durch entsprechende staatliche Leistungen in erheblich größerem Ausmaß möglich gemacht werden.

Prüfstein 12

Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?



In der Sozialen Marktwirtschaft setzen CDU und CSU auf die Kraft und die Kreativität des Einzelnen, von Arbeitnehmern und Unternehmern. Anstatt auf mehr Umverteilung setzen wird auf Chancengerechtigkeit und Aufstiegschancen für alle, die bereit sind, dafür ihren Beitrag zu leisten. Aber wir wissen auch, dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit unverzichtbar sind. Wir lassen niemanden zurück und wollen möglichst Vielen eine Chance auf Teilhabe und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung geben. Dabei stehen für uns „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „Fördern und Fordern“ im Mittelpunkt. Das ist unser europäisches Sozialmodell, für das wir auch weltweit werben und eintreten.



Siehe oben.

DIE LINKE.

Wie oben beschrieben gibt es keine einheitliche Meinung in ***DIE LINKE*** zum Grundeinkommen, sehr wohl aber zur Abschaffung von Armut (siehe oben), zur selbstbestimmten Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten und Arbeiten (siehe oben) und zur Verteilungspolitik. Die Abschaffung von Armut und Ermöglichung von Zeitsouveränität und Arbeitszeitverkürzung sind durch entsprechende Umverteilungspolitiken zu sichern – die Sicherstellung guter Löhne ebenso der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen. ***DIE LINKE*** hat ein durchgerechnetes Konzept der Finanzierung all dieser politischen Maßnahmen vorgelegt. Kernpunkte sind: Vermögen oberhalb einer Million Euro wollen wir besteuern. Steuern der Konzerne werden wir erhöhen und den Steuervollzug durchsetzen. In der Einkommensteuer wollen wir die unteren und

mittleren Einkommen entlasten, die oberen stärker belasten: wir erhöhen den monatlichen Grundfreibetrag auf 1050 Euro zu versteuerndes Einkommen. Mit unserem Steuerkonzept werden alle entlastet, die weniger als 7100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I) verdienen. Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten Reichensteuer vor: 60 Prozent auf die Teile des zu versteuernden Einkommens oberhalb von ca. 260.000 Euro Jahreseinkommen und 75 Prozent auf die oberhalb einer Million Euro. Wir werden die Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. Normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt.



In einer inklusiven Gesellschaft gehören alle Menschen dazu, sind in die Gemeinschaft einbezogen und niemand wird an den Rand gedrängt. Dieses Ideal möchten wir verwirklichen. Deshalb arbeiten wir für einen Sozialstaat, der dafür sorgt, dass alle Menschen gut abgesichert sind. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Deutschland ist ein wohlhabendes Land. Es gibt eine starke Wirtschaft und eine breite Mittelschicht. Deutschland ist aber auch ein ungleiches Land. Arm und Reich haben sich in den letzten Jahren voneinander entfernt. Damit finden wir uns nicht ab. Wir haben ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, um diesem Trend entgegen zu wirken, von der Steuer-, über die Sozial-, Bildungs- bis hin zur Wohnungspolitik oder auch der Ausstattung der Kommunen.

Hier etwas ausführlicher am Beispiel der Steuerpolitik: Niemand sollte in Armut leben und Wohlhabende einen fairen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Wir setzen uns für eine Schuldenbremse für Banken ein, damit künftig nicht mehr die SteuerzahlerInnen einspringen müssen, wenn eine Bank in Schieflage gerät. Wir wollen Steuersümpfe trockenlegen und Steuerhinterziehung bekämpfen. Superreiche nehmen wir in die Verantwortung, indem wir verhindern, dass obszöne Managergehälter auch noch über die Betriebsausgaben von der Allgemeinheit mitfinanziert werden und indem wir über eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer für Superreiche Investitionen in die Zukunft ermöglichen.



Unsere sozialpolitischen Maßnahmen umfassen das liberale Bürgergeld, einen Neuanfang in der Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose, eine sinnvolle Verknüpfung und Verzahnung der verschiedenen Sozialgesetzbücher sowie Entlastung von Alleinerziehenden sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf - wir wollen jeden einzelnen Bürger in die Lage versetzen, sein eigenes Einkommen zu verdienen und so seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist für

uns als FDP nicht nur wirtschaftspolitisch sinnvoller, sondern vor allem fairer und demokratischer als ein bedingungsloses Grundeinkommen.



Das Bündnis Grundeinkommen ist modellneutral, weil eben Fragen zu Höhe und Finanzierungsform auch immer verteilungspolitischer Natur sind. Das Bündnis Grundeinkommen ermöglicht zunächst ein demokratisches Signal für das Bedingungslose Grundeinkommen entsprechend der vier Kriterien des Netzwerks Grundeinkommen. Anschließend ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu diskutieren, wie hoch das Grundeinkommen zu sein hat und wie genau es zu finanzieren ist, oder anders: Wieviel Umverteilung wir im Rahmen der Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens realisieren wollen.



Wir wollen Armut verhindern, nicht Reichtum. Das heißt nichts anderes, als das jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Finanzierung des Gemeinwesens und seiner Mitglieder beizutragen hat. Es ist also weniger eine Um- als eine Neuverteilung der finanziellen Mittel, die wir anstreben. So haben wir beispielsweise nichts gegen die Fortführung der privat finanzierten Rentenansprüche mittels Riester- oder Rürup-Rente. Nur soll diese bitte zukünftig von denen finanziert werden, die es sich leisten können und wollen, um einen über die angestrebte Höchstrente hinausgehenden Anspruch zu erwerben. Und nicht von denjenigen, die unberechtigt darauf hoffen, mittels dieser Gelder der Altersarmut entfliehen zu können.



Der BAK „Humanökologisches Grundeinkommen“ der ÖDP schlägt in seinem ersten ausgearbeiteten 5-Säulen-Entwurf zur Finanzierung des Grundeinkommens u.a. vor, hohe Einkommen, vor allem aber große Vermögen und auch Erbschaften (unter Beachtung hoher Freibeträge) heranzuziehen. Gleichzeitig sollen alle Einkommen (egal welcher Art), bei Einführung des Grundeinkommens ab dem ersten Euro besteuert werden. Darüber hinaus soll das Grundeinkommen insbesondere durch Besteuerung von Produktion, Vertrieb, Konsum und Entsorgung nach dem Prinzip des „ökologischen Fußabdrucks“ finanziert werden. Dies wird insgesamt dazu führen, dass eine gerechte Belastung

der gesellschaftlichen Schichten und eine adäquatere Beteiligung der Wirtschaft erfolgen. Hierüber müssen die Parteigremien aber noch beraten und entscheiden.



Siehe oben.



Wir sind für die Einführung einer Einkommensobergrenze und einer dreigliedrigen Umsatzsteuer von 7, 14 und 21 Prozent. Regional wird weniger besteuert wie Güter, die von weit herkommen.



Wie in Punkt 2 dargelegt, ist der verteilungspolitische Aspekt genauso wichtig wie das BGE als Thema an sich, da ein BGE, das die Schere zwischen Reich und Arm weiter vergrößert, nicht das Ziel sein kann. Es sind dringend kapitalismuskritische, (wirtschafts-)ethische, pazifistische, ökologische und postwachstumstheoretische Ansätze in die generelle Debatte zum BGE einzubringen. Das BGE verstehen wir daher als eine mögliche Bühne für alle notwendigen Debatten über unser gemeinsames Zusammenleben, über Ethik, Ressourcen, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde.



Selbstverständlich muss ein BGE (zumindest teilweise) durch eine Verteilung von „reich nach arm“ finanziert werden. Hier sieht die TPD auch generell Handlungsbedarf, um eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und Vermögen zu erwirken, damit alle Menschen vom allgemeinen Fortschritt profitieren.

In diesem Zusammenhang fordert die TPD:

Ausbau internationaler Verhandlungen zur Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer

Durchsetzung von Gesetzesreformen zur Gestaltung eines vereinfachten, transparenten, gerechten und zukunftsweisenden Steuersystems

Umsetzung einer konsequenten progressiven Besteuerung aller Einkommen, Gewinne und großer Vermögen, auch von internationalen Unternehmen

Reform der Erbschaftssteuer und Einführung einer progressiven verfassungskonformen Vermögenssteuer mit höheren Freibeträgen als bisher
Einführung von gestaffelten Verbrauchsteuern je nach den Auswirkungen der entsprechenden Produkte auf Mensch und Umwelt
Neuregelung der Grundsteuer und Erarbeitung von zeitgemäßen Konzepten einer Landwertsteuer
Prüfung von Möglichkeiten zur Umsetzung einer Werbeabgabe auf entgeltliche Werbeleistungen



Begrenzung der Vermögensanhäufung / Erhöhung der Erbschaftssteuer / Vermögenssteuer / Steueroasen bekämpfen / Höhere Steuern für leistungsloses Einkommen



Die Ungleichverteilung des Vermögens in Deutschland hat inzwischen zunehmend bedenkliche Ausmaße erreicht. Ein Grundeinkommen ist jedoch nicht in der Lage an dieser Verteilung etwas zu ändern. Es hebt zwar das zur Verfügung stehende Einkommen an, doch es ändert nichts an den gesamtgesellschaftlichen Relationen der bestehenden Vermögen. Eine sinnvolle Verteilungspolitik setzt hingegen auch hier an.

Wir wollen durch die Gleichstellung der Besteuerung von Kapital, Kapitalerträgen und Arbeitseinkommen zur Gerechtigkeit beitragen. Besonderen Fokus legen wir auch auf die Verhinderung von Steuerflucht. Dafür ist es notwendig, dass Unternehmensgewinne auf der Basis der Konzernbilanzen besteuert werden, um steuervermeidende Gewinnverschiebungen innerhalb von Holding-Organisationen zu verhindern. Weiterhin wird in unserer Partei momentan eine Reform der Erbschaftssteuer, sowie die Wiedereinführung der Vermögensteuer diskutiert. Fest steht aber, dass steuerliche Reformen auch in europäischer und internationaler Koordinierung erfolgen sollten, um Kapitalflucht in Steueroasen zu verhindern.



Wir sind für die Einführung einer Einkommensobergrenze und einer dreigliedrigen Umsatzsteuer von 7, 14 und 21 Prozent. Regional wird weniger besteuert wie Güter, die von weit herkommen.



Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Um Altersarmut vorzubeugen, wollen wir deshalb das Rentenniveau steuerfinanziert anheben. Auch gilt es, Erziehungszeiten, in denen einem Beruf nicht oder nur zum Teil nachgegangen werden kann umfänglich auf die spätere Rente anzurechnen. Insbesondere wollen wir durch Abschaffung der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags wollen wir zudem für steuerliche Entlastung sorgen. Zudem wollen wir Familien besser fördern. Aus Sicht der FREIEN WÄHLER ist es nicht mehr zeitgemäß, die steuerlichen Vorteile an den Zivilstand der Ehe zu knüpfen. Entscheidendes Kriterium für steuerliche Vorteile sind für uns die Kinder. In unserer heutigen Gesellschaft ist es nicht mehr nachvollziehbar, warum nicht eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und Alleinerziehende von den steuerlichen Vergünstigungen (Ehegattensplittling) ausgenommen sind, während kinderlose Ehepaare in den Genuss des Ehegattensplittings kommen.



Durch das von uns geforderte bedingungslose Grundeinkommen würden zeitliche Ressourcen frei, die den BürgerInnen einen Ausbau von Subsistenzstrukturen und neue Ansätze des Teilens und der Solidarität, wie zum Beispiel solidarischer Landwirtschaft und organisierter Nachbarschaftshilfe, möglich macht. Die V-Partei³ will neben dem BGE (als langfristigem Ziel) die Einführung von: Vermögenssteuer / Finanztransaktionssteuer / kostenlosen öffentlichen Nahverkehr / Mindestlohn von 12 Euro.